

Migration

Ulmer Juden und das Exil zwischen 1933 und 1945	3
Material 1: Schreiben von Elsa Einstein an Hugo Moos, Vater von Alfred Moos, vom 15.4.1933 über Hilfestellung von Albert Einstein für Emigranten (DZOK R1/602-52).....	5
Material 2: Schreiben von Albert Einstein an Alfred Moos vom 28.6.1933 über die Modalitäten einer Unterstützung bei der Auswanderung.....	7
Material 3: Empfehlung Albert Einsteins für Alfred Moos vom 21. März 1935 für die Übersiedlung von Moos von London nach Palästina (DZOK, R1/602-43. Kopie in: StA Ulm, H Bergmann Nr. 142)	8
Material 4: Schreiben des israelitischen Gemeinde-Vorsteheramts Ulm an die Gemeindeglieder vom 15. Dezember 1939 bezüglich der für die Auswanderung in die USA nötigen Bürgerschaften (StA Ulm, H Bergmann Nr. 143; Original DZOK).....	9
Material 5: Artikel aus dem Ulmer Tagblatt vom 11. Februar 1939 (StA Ulm, G 5/52).....	10
Material 6: Gustav Frank, Lebenszeugnis.....	11
Material 7: Zahl der aus Ulm ausgewanderten Juden in den Jahren 1933 bis 1945. Nach "Keil, Heinz: Dokumentation über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Ulm, Ulm 1961, S. 381, Anlage 13"	14
Material 8: Zielländer aus Ulm ausgewanderter Juden. Nach "Keil, Heinz: Dokumentation über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Ulm, Ulm 1961, S.382, Anlage 14"	15
Displaced Persons nach 1945	16
Material 1: Aktenschriftstücke zur Beherbergungsproblematik von DP's unmittelbar nach Kriegsende (StA Ulm, B 122/30 Nr. 1)	18
Material 2: Requisition von Bedarfsgütern für die DP-Lager (StA Ulm, B 122/30 Nr. 1)	20
Material 3: Beratung des Oberbürgermeisters Scholl mit dem Beirat über die Unterbringung polnischer DP's (StA Ulm, 005/5 Nr. 307 § 71)	21
Material 4: Anordnung zur Räumung von Wohnungen für polnische DP's (StA Ulm, B 122/30 Nr. 2).....	22
Material 5: "Streik" jüdischer DP's (StA Ulm, G 7/3.1)	23
Material 6: Ulmer DP-Lager leeren sich. Ulmer Nachrichten vom 4. April 1949 (StA Ulm, G 5/67)	24
Material 7: Anordnungen der Militärregierung über die Zuständigkeit der deutschen Polizei und deutscher Behörden im Umgang mit DP's (StA Ulm, B 113/1 Nr. 1).....	26
Material 8: 7000 DP's aus Ulm und Neu-Ulm demonstrieren. Auszug aus der Schwäbischen Donauzeitung vom 7. November 1949 (StA Ulm, G 5/63).....	28
Material 9: Meldungen über von DP's verübten Straftaten (StA Ulm, B 122/31 Nr. 2).....	29
Material 10: Vorgeschichte und Lebenslauf Yona Sorek und Hana Melnik - Jüdische DP's in Ulm	31
Integration von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen seit 1945	35
Material 1: Statistik über die Herkunftsländer der Heimatvertriebenen in Ulm von 1948 bis 1954 (Ulmer Statistik. Jahrbuch 1954. Hrsg. Stadt Ulm).....	37
Material 2: Statistik über die Belegung der Ulmer Flüchtlingslager 1953 - 1958 (Ulmer Statistik. Jahrbuch 1958. Hrsg. Stadt Ulm).....	38

Material 3: Bericht von Hans Joohs, Dolmetscher im Lager Kienlesberg und später Leiter des städtischen Amtes für Besatzungsleistungen, vom 5. Januar 1946 über die Verhältnisse im Durchgangslager Kienlesberg, erschienen in der Schwäbischen Donauzeitung vom 5. Januar 1946 (StA Ulm, G 5/63).....	39
Material 4: Bericht über die Ankunft eines Flüchtlingstransports mit Sudetendeutschen aus dem Durchgangslager Melk (Österreich) im Februar 1946 (StA Ulm, B 422/12 Nr. 1)	41
Material 5: Flüchtlingstransport aus der Tschechoslowakei bei der Ankunft und beim Ausladen am Ulmer Hauptbahnhof, Mai 1946 (StA Ulm, G 7/3.1 1946.5.3).....	43
Material 6: Bericht über die Ankunft eines Flüchtlingstransports mit Sudetendeutschen aus dem Sammellager Kaplitz (Tschechoslowakei) im September 1946 (StA Ulm, B 422/12 Nr. 1)	44
Material 7: Bericht über den gesundheitlichen Zustand der Vertriebenen in den Lagern, November 1946 (StA Ulm, B 052/76 Nr. 4).....	46
Material 8: Erstellung von Wohnbaracken für Heimatvertriebene, September 1947 (StA Ulm, B 422/17 Nr. 3)	48
Material 9: Ausschreibung der Neubürgermesse "Neues Schaffen" auf dem Kienlesberg 1947 (StA Ulm, B 774/41 Nr. 022).....	49
Material 10: Wohnungsverhältnisse einer Vertriebenenfamilie auf dem Land in Ermingen (StA Ulm, BA Ermingen Nr. 328)	50
Material 11: Flüchtlingsfamilie in der Wilhelmsburg 1957 (StA Ulm, G 7/3.1)	51
Material 12: Programm zum "Tag der Donauschwaben" vom 5. bis 10. August 1958(StA Ulm, B 364/72 Nr. 7)	52
Material 13: Foto des Ahnen-Auswanderer-Denkmals am Donauschwabenufer von 2009 (StA Ulm, G 7/3.3 Nr. 2702).....	54

Ulmer Juden und das Exil zwischen 1933 und 1945

Nach der Vertreibung der jüdischen Gemeinde aus Ulm im Jahr 1499 gab es für mehr als drei Jahrhunderte nur vereinzelt Juden in der Stadt, denen die kurzzeitige Einreise, vor allem zum Zwecke des Handels, gestattet war. Erst am Beginn des 19. Jahrhunderts konnten sich wieder Juden in der Stadt ansiedeln. Im Zuge der rechtlichen Judenemanzipation des 19. Jahrhunderts etablierte sich die jüdische Gemeinde. Vor allem in der zweiten Jahrhunderthälfte brachten es Ulmer Juden zu gesellschaftlichem Ansehen, wirtschaftlichem Erfolg und in begrenztem Umfang auch zu politischen Ämtern. Der Bau der Synagoge auf dem Weinhof in den Jahren um 1870 sowie die Bildung einer selbstständigen jüdischen Gemeinde 1888 waren Meilensteine dieser Aufwärtsentwicklung. 1880 erreichte die jüdische Gemeinde in Ulm mit 694 Mitgliedern ihren Höchststand. Zeitgleich mit dem gelingenden gesellschaftlichen Aufstieg der Juden wuchs auf der anderen Seite in Teilen der Bevölkerung auch das Ressentiment gegen diese Bevölkerungsgruppe. Handelte es sich bei der Judenfeindschaft früherer Jahrhunderte um einen (freilich auch wirtschaftlich motivierten) religiös begründeten Antijudaismus, so entstand im 19. Jahrhundert ein Rassenantisemitismus, der im wilhelminischen Deutschland weite Verbreitung fand, sich in politischen Gruppierungen Gehör verschaffte und auch nach dem Ersten Weltkrieg (der auf deutscher Seite unter erheblichem Blutzoll jüdischer Soldaten geführt worden war) in der Weimarer Republik ideologisch, aber auch in Gewalttaten und Anschlägen seine Fortsetzung fand.

Sofort nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten begann die systematische Beseitigung der Substanz des Rechtsstaates. Die Diskriminierung der Juden hatte dabei hohe Priorität. Dies führte auch in Ulm zu Auswanderungsplänen. Bereits 1933 traf die weitsichtige jüdische Reformpädagogin Anna Essinger wegen der nationalsozialistischen Schulpolitik die Entscheidung, das von ihr geleitete Landschulheim Herrlingen aufzugeben. Mit 66 Kindern des Heimes gelang ihr die Übersiedlung nach Südengland, wo sie im Oktober den Schulbetrieb wieder aufnehmen konnte. Zu den wenigen Ulmer Juden, die bereits im Jahr 1933 aus politischen Gründen den Entschluss zur Auswanderung umsetzten, gehörte auch Alfred Moos, der zunächst nach London und von dort 1935 nach Palästina emigrierte und der nach seiner Rückkehr nach Ulm 1953 engagiert am öffentlichen Leben teilnahm.

In Deutschland dagegen beeinträchtigten Boykotte, Berufsverbote, rechtliche Diskriminierung, gipfeln in den Nürnberger Gesetzen, und andere Maßnahmen das Leben der Juden immer massiver. Knapp zwei Drittel der 530 am Stichtag 31.1.1933 in Ulm lebenden Juden trieb diese Verfolgung während der zwölfjährigen nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ins Exil. Bereits seit 1937 wurde die Ausstellung von Pässen für Juden restriktiv gehandhabt und praktisch nur noch zum Zweck der Ausreise durchgeführt. Aufgrund einer Verordnung vom 5. Oktober 1938 wurden alle Reisepässe von Juden ungültig und mussten bei den Behörden eingereicht werden. Die mit Geltung für das Ausland ausgestellten Papiere erhielten nach Kennzeichnung mit einem großen „J“ für Jude ihre Gültigkeit wieder. Mit der Reichspogromnacht am 9. November 1938 eskalierte die Judenverfolgung. Wie in anderen Städten, so wurde auch in Ulm auf Anordnung von Propagandaminister Goebbels die Synagoge in Brand gesetzt. Auch kam es in der Nacht zu vom Regime als spontan deklarierten, tatsächlich aber genau geplanten Gewaltexzessen, u.a. auf dem Weinhof. 55 Ulmer Juden wurde verhaftet, ein Teil von ihnen ins KZ Dachau gebracht. Eine Entlassung jüdischer Inhaftierter war teilweise auch schon vor der Reichspogromnacht mit der Auflage verbunden, die eigene Auswanderung beschleunigt zu betreiben.

Die Entwicklung der Zahl aus Ulm ausgewanderner Juden bildet die forcierte Diskriminierung und Terrorisierung ab. Nach der Reichspogromnacht war ein rapider Anstieg zu verzeichnen. Neben dem mit zunehmendem Alter wachsenden grundsätzlichen Unbehagen, die angestammte Heimat zu verlassen, gab es eine Reihe praktischer Hindernisse für die Auswanderungswilligen. Fehlende Sprachkenntnisse, hohe Reisekosten, die von den Nationalsozialisten verlangten Abgaben und damit verbundene Vermögensverluste verringerten

die Bereitschaft zur Auswanderung. Allerdings gab es auch Restriktionen in den potentiellen Einreiseländern, etwa was eine Arbeitserlaubnis betraf. Für die Einreise in die USA war ein „Affidavit“ nötig, die Bürgerschaft eines bereits im Land lebenden Verwandten oder Bekannten. Übliche Unterstützungsleistungen für Auswanderungswillige waren auch allgemein gehaltene Empfehlungsschreiben, wie sie etwa Albert Einstein ausstellte.

1939 wurden die noch in Ulm verbliebenen Juden in „Judenhäuser“ eingemietet, eine Art Zwangsghettoisierung in kleinem Maßstab. Unterdessen wandelte sich die Stoßrichtung der nationalsozialistischen Judenpolitik immer offener von der möglichst vollständigen Auswanderung der Juden aus dem Reich hin zur von Hitler bereits 1939 angekündigten „Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa“. Eine „ordnungsgemäße“ Auswanderung war seit 1940 kaum noch möglich. Im Juli 1941 gab Göring den schriftlichen Befehl zur Planung der angestrebten „Endlösung der Judenfrage“. Zum Ende des Jahres 1941 wurde die Auswanderung von Juden aus dem Reich endgültig verboten. Die Wannseekonferenz am 20. Januar 1942 diente schließlich der Koordinierung bereits laufender und noch umzusetzender Maßnahmen zur Ermordung der europäischen Juden. Fortan waren alle Anstrengungen auf die Deportation der Juden in die Konzentrations- und Vernichtungslager im Osten gerichtet.

Material 1: Schreiben von Elsa Einstein an Hugo Moos, Vater von Alfred Moos, vom 15.4.1933 über Hilfestellung von Albert Einstein für Emigranten (DZOK R1/602-52).

Le Coq-sur-Mer, 15.4.33.

Lieber Herr Moos,

Albert wird alles tun, was in seinen Kräften steht, um Ihrem Sohn Alfred zu seinem Fortkommen im Ausland zu verhelfen.

Leider laufen täglich stossweise und bündelweise Briefe ein von Verwandten, Freunden, von so vielen uns nahestehenden Menschen, die in derselben Lage sind wie Sie. Selbst mein direkter Neffe, der Sohn meiner Schwester Paula, der neun Jahre lang Handels-Redakteur am "Berliner Tageblatt" war, bedarf unserer Hilfe und wir waren bis jetzt noch nicht in der Lage, ihm im Ausland etwas zu verschaffen. Ich verspreche Ihnen, dass Albert sich in Ihrem Falle besondere Mühe geben wird. Aber wer weiss, ob und wann dies gelingen wird.

Ihr Sohn sollte einmal zunächst ins Ausland gehen, dann dort mit einigen Empfehlungen meines Mannes versuchen vorwärts-zukommen. Allerdings muss ich hierbei wieder bemerken, dass Albert die Empfehlungen wohl sehr warm und dringlich gestalten kann, dass er dieselbe aber nicht an einzelne Personen richten kann, da er alle ihm zu Gebote stehenden Freunde im Ausland bereits seit Monaten für derartige Zwecke alarmiert hat. Doch es ist schon gut, wenn Ihr Sohn Alfred eine sehr dringliche Empfehlung von meinem Manne hat.

Mein Mann verbringt seine Zeit vollkommen damit, das Schicksal der ~~JH~~ Juden hindern zu helfen und in grossen Zügen einzugreifen. Sie werden später davon hören.

Sollte also Alfred ins Ausland gehen, so bitte ich nach seiner
Ankunft dort, sich an meinen Mann zu wenden.

Mit vielen und Herzlichen Grüßen

Ihre

Elsa Guisein.

Es geht auch nach so: wenn Ihr Tante
sich an eine bestimmte Institution oder
Person wendet, so kann es sich dabei auf eine
Trüpfelung meines Hauses beziehen, die derselbe
dann gibt.

Material 2: Schreiben von Albert Einstein an Alfred Moos vom 28.6.1933 über die Modalitäten einer Unterstützung bei der Auswanderung.

den 28. Juni 1933

Lieber Herr Moos!

Meiner Meinung nach wäre ein offizielles Gesuch, das richtig begründet und von mir durch eine Empfehlung unterstützt wäre, durchaus nicht aussichtslos. Natürlich kann ich ein Gesuch nur dann unterstützen, wenn die in demselben angegebenen Gründe einigermaßen der Wahrheit entsprechen. Ich denke ~~an~~ mir folgende Begründung :

Herr Landauer erklärt, dass er einer Hilfskraft benötige für die Erledigung von Arbeiten, die er einem fremden bezahlten Manne nicht anzuvertrauen in der Lage sei. Sie hätten, da Sie stellungslos wären und ihm durch freundschaftliche, bzw. verwandtschaftliche Beziehungen nahe stünden, sich bereit erklärt, ihm jene Hilfe zu leisten und zwar ohne Bezahlung.

Schreiben Sie mir bald, wohin ich die Unterstützung Ihres Gesuches zu richten habe und senden Sie mir eine Copie Ihres Bewerbungsschreibens, damit mein Brief zu demselben passt.

Mit freundlichen Grüßen und besten Wünschen

Ihr

A. Einstein

Alfred Moos und Albert Einstein waren im Jahr 1933 einmalig in Berlin zusammengetroffen. Im September 1933 konnte Moos durch die Unterstützung Einsteins seine Stelle als Volontär der Firma Landauer & Co in London antreten (DZOK, R1/602-41).

Material 3: Empfehlung Albert Einsteins für Alfred Moos vom 21. März 1935 für die Übersiedlung von Moos von London nach Palästina (DZOK, R1/602-43. Kopie in: StA Ulm, H Bergmann Nr. 142)

THE INSTITUTE FOR ADVANCED STUDY
SCHOOL OF MATHEMATICS
FINE HALL
PRINCETON, NEW JERSEY
21. März 1935

Herr Alfred M o o s ist mir als näherer Verwandter wohlbekannt. Er ist ein zuverlässiger und tüchtiger junger Mann, der Hitler-Deutschland verlassen und in England eine solide kaufmännische Ausbildung erlangt hat. Es würde mich sehr freuen, wenn ihm Gelegenheit geboten würde, seine Arbeitskraft in Palästina zu bewähren.

Albert Einstein.

Professor Albert Einstein

Material 4: Schreiben des israelitischen Gemeinde-Vorsteheramts Ulm an die Gemeinde-Mitglieder vom 15. Dezember 1939 bezüglich der für die Auswanderung in die USA nötigen Bürgschaften (StA Ulm, H Bergmann Nr. 143; Original DZOK)

Israelitisches
Gemeinde-Vorsteheramt Ulm
Fernsprecher ~~2086~~ **4170**

H/H.

Ulm a. D., den 15. Dezember 193 **9.**
Frauenstr. 61
~~Wulfr~~
Baeingerstr. 3

An die Gemeinde-Mitglieder!

Das Amerikanische Konsulat in Stuttgart teilt mit:
Die Inhaber der Wartenummern von 16 000 - 20 000 können,
sofern sie wirklich erstklassige Bürgschaften haben,
mit dem Aufruf ihrer Wartenummer in den nächsten Monaten rechnen.

Es ist deshalb notwendig, dass diejenigen Auswanderer, deren Bürgschaft vor dem 31. März 1939 ausgestellt ist und deshalb im Laufe dieses Monats oder des nächsten Quartals abläuft, für die sofortige Erneuerung der Bürgschaft Sorge tragen. Dazu gehört insbesondere auch eine neue Bestätigung der Bank, bei der der Bürge sein Konto hat, eine Bescheinigung des Arbeitgebers über den Gehalt und Lohn, eine Bestätigung der Steuerbehörde über das Einkommen.

Alle diese Dokumente müssen wie die Bürgschaft selbst erneuert werden, andernfalls wird die Bürgschaft als ungenügend zurückgewiesen.

Es empfiehlt sich auch bei denjenigen Auswanderern, die nicht im Besitz einer wirklich erstklassigen Bürgschaft sind, sich rechtzeitig nach Zusatzbürgschaften insbesondere von nahen Verwandten umzusehen, denn nach der Ankunft des Konsulats werden selbst ganz erstklassige Freundesbürgschaften als ungenügend angesehen.

Israelitisches Vorsteheramt Ulm
Der 1. Vorsitzende:
Konsulent

Gute Aussichten

Angeichts dieser Zahlen haben wir eine Beruhigung. Bei der Machtübernahme im Jahr 1933 wurden im Kreis Ulm 580 Juden gezählt, heute sind es noch 270 im Stadtgebiet und etwa 20 in den Landgemeinden. Ueber die Hälfte dieser Jünger Israels hat also dem Kreis Ulm schon den Rücken gekehrt, das Tempo der Abwanderung ist aber durch die jüngsten Ereignisse und die scharfe Abwehrstellung der ganzen Ulmer Bevölkerung wesentlich beschleunigt worden. Im Oktober des vergangenen Jahres wurden 20 polnische Juden auf einmal abgeschoben. Weiter erfahren wir, daß täglich bis zu 4 Auswanderungsgesuche von Juden in Ulm beantragt werden und vor wenigen Tagen etwa 70 Auswandereranträge vorlagen. Wir hoffen, daß diese Keiselust dieser russischen Fremdlinge im Kreis Ulm anhält und freuen uns heute schon auf den Tag, an dem sich der letzte jüdische Plattfuß aus dem Staub unserer Heimat macht.

Material 6: Gustav Frank, Lebenszeugnis

Die Suche nach Bürgen

Die jüngere Schwester meines Vaters gab mir eine jahrealte Postkarte mit der Adresse einer Kusine in den Vereinigten Staaten. Von einem Bruder meines Vaters erfuhr ich, daß sechs oder mehr Vettern und Kusinen schon vor oder um die Jahrhundertwende von Bonmland in die USA ausgewandert waren. Mein Vater, der Sparsamkeit in Ichenhausen gelernt hatte, schrieb nie eine Karte, geschweige denn einen Brief an die Verwandten in Amerika. Die Reaktion auf meine Briefe war höflich, aber kühl, und Hilfe kam keine. Meine Mutter erinnerte sich aus ihrer Kindheit an den Mann einer Verwandten, der aus Amerika zu Besuch kam; der hatte einen Brocken Gold an der Uhrkette, erzählte sie. Ich schrieb an die vorhandene Adresse, die Antwort kam von der verwitweten Tochter: Das Vermögen der Familie sei in der Depression zugrunde gegangen, sie sei verwitwet, kinderlos und friste ihre noch übrigen Lebensjahre in großer Armut. Andere Spuren aus Familienaufzeichnungen gingen verloren. Ein Bruder meiner väterlichen Großmutter lebte in Mischehe in Nürnberg, die Söhne seien nach Amerika gegangen, die Töchter lebten möglicherweise in Nürnberg. Meine Großmutter war 1896 gestorben; das war das Ende dieser Spur. Eine Kusine mütterlicherseits war 1935 in die USA ausgewandert, sie schrieb Briefe und Briefe an meine Frankverwandten - ohne Erfolg. Anfang 1938 sandte sie eine Einwanderungsbürgerschaft an ihren Vater, der dieselbe zurücksandte. »Fertige die Bürgerschaft für Gustav aus, denn es ist wichtiger, daß die Jungen wegkommen, wir Alten können später folgen.« Im September 1938 während der Sudetenkrise telegrafierte ich meiner Kusine um eine Bürgerschaft. Als dann das Münchener Abkommen die Sudetenkrise beendigte, es war am 29. September 1938, läuteten die Kirchenglocken des Münsters, und jedermann war gottfroh; es war bereits dunkel, und die Leute strömten auf die Straße. Am nächsten Tag bezichtigte der Ulmer Sturm die Leitung der Münstergemeinde der Feigheit. Von meinem Freund Hans Wächter entlehnte ich eine Schreibmaschine; das Münchener Abkommen war für mich nur der Beginn einer Galgenfrist. Unter vielen anderen schrieb ich einen Vetter meiner Mutter an, der in England war.

Der 9. November 1938

Es kam der 9. November 1938. Die Nazis zündeten die Synagoge an, verhafteten Juden und verprügelten sie an dem Platz, wo die brennende Synagoge stand. Wieso wir nicht verhaftet wurden, weiß ich nicht und habe es auch nie herausgefunden. Albert Offenberg wurde verhaftet, und zwar von seinem früheren Freund und Konkurrenten, der ihn aber auf Umwegen zur Polizeiwache brachte und ihn dadurch vor der Meute rettete. Er kam in das Konzentrationslager Dachau und wurde als Kriegsteilnehmer einige Wochen später wieder entlassen.

Am 10. November kam unsere Zugehfrau ins Haus, um Einkäufe für meine Mutter zu tätigen, da es für uns nicht ratsam war, uns auf der Straße zu zeigen. Nachher blieb sie eine Weile bei meiner Mutter. Gegen 15 Uhr kam sie in mein Zimmer: »Da kommt einer in schwarzen Hosen die Treppe herauf.« Es war Otto Wächter, die schwarze Hose war die eines Heeresangestellten; er sah sich nach uns um und nahm die Schreibmaschine seines Bruders zurück. Mir war das sehr recht. Später hörte ich, daß die Schreibmaschine meines Veters von der SS gestohlen wurde. Gegen 17

Uhr läutete die Hausglocke. Jetzt holen sie mich oder meinen Vater oder uns beide, dachte ich. Es war jedoch der Briefträger mit einem Einschreibebrief von meiner Kusine in den USA. Der Brief enthielt die Bürgschaftspapiere. Der Briefträger war noch nicht richtig aus dem Haus, da stellte ich die Glocke ab. Wenn sie mich heute nacht holen wollen, müssen sie Radau machen und die Nachbarn aufwecken. Ich ging dann sofort daran, die Bürgschaftspapiere Seite für Seite zu fotografieren und einen neuen Brief, dem ich dann einen Doppelsatz Kopien der Bürgschaftspapiere beilegte, nach England zu schreiben.

Auswanderung und Arbeitssuche in den USA

Mitte März 1939 erhielt ich eine Einreiseerlaubnis nach Großbritannien. Am 21. März fuhr ich mit der Eisenbahn über den Rhein. Am gleichen Tag sechs Jahre später fuhr ich als amerikanischer Soldat über die Pontonbrücke Bad Breisig-Hönningen wieder über den Rhein, aber dieses Mal gen Osten. In Köln konnte ich bei den Schwiegereltern eines Vetters übernachten. Am nächsten Morgen nahm mich der Schwager meines Vetters im Auto zum Bahnhof - die Leute durften dort noch ihr Auto benutzen - und stieg in den Zug nach Granenburg ein. Ein SS-Mann stieg zu, seine erste Frage war: »Haste 'was ausgefressen? « Er besah meinen Reisepaß und schaute in etlichen Büchern nach meinem Namen. Als ich das erste Gepäckstück unaufgefordert öffnete, sagte er: »Das tust Du erst am Zoll.« Er vermerkte »Ausgewandert« in meinem Paß, gab ihn mir zurück und sagte: »Pech gehabt.« Ich dachte, wer Pech hat, bist Du. Nach der Zollabfertigung in Granenburg bestieg ich den bereitstehenden Zug nach Nijmegen. Im Niemandsland auf der holländischen Seite sah ich einen Zug Infanterie in Friedensuniform »Hinlegen und Aufstehen« üben. Hinter der deutschen Grenze wurden bereits Armeekorps manövriert. Ich erwartete, binnen sechs Wochen nach England in die USA abreisen zu können, aber das amerikanische Konsulat in London verlangte zusätzliche Bürgen. Dadurch dauerte mein Zwischenaufenthalt in London neun Monate. Ich hatte keine Schwierigkeiten, mich verständlich zu machen, ich brachte einen guten Schulsack mit, aber die Leute zu verstehen, brauchte Zeit. Bis ich dann eine Cockney-Frau verstehen konnte: »Oh avoigotanedaikie (O, have I got a headache).« Eine Arbeiterlaubnis bekam ich nicht und lag daher anderen Leuten auf der Tasche. Ich war froh, als die »Newfoundland« der Furness Lines am Weihnachtsabend 1939 aus dem Hafen von Liverpool gleitete. Am 1. August 1940 landete ich in Boston, ging nach New York und weiter nach Chicago und fand schließlich eine Stelle als Maschinenbuchhalter in einer Bier- und Schnapsgrößhandlung in Peoria, 111. Was die Maschine betraf, mußte ich an Ort und Stelle lernen.

Meine Eltern waren noch in Ulm. Meine Bemühungen, sie von dort wegzuholen, verliefen ergebnislos. Im Frühjahr 1941 fuhr ich über Nacht in einem Bierauto von Peoria nach Detroit. Mein Chef hatte die Agentur einer dortigen Brauerei und ich eine Kusine meines Vaters. Wie so viele hatten diese alten Leute ihren letzten Pfennig in der Depression verloren. Die Frau war erstaunt, daß ich fließend Englisch sprechen konnte; von dem Chauffeur erfuhr sie, daß der Chef mit meiner Arbeit zufrieden sei. So schrieb sie ihrer Schwester in Mancelona, Mich., und binnen dreier Wochen hatte ich die Papiere für meine Eltern - aber es war zu spät!

In Ulm hatte ich einen Lichtbogenschweißkurs absolviert, einen weiteren machte ich in Peoria, beide waren Abendkurse. Im Herbst 1941 zog ich nach Chicago und arbeitete als Schweißer,-

allerdings wurde damals der Zivilbedarf bereits gedrosselt, und in der Rüstungsindustrie konnte ich als Nichtbürger nicht arbeiten. Die Kusine meines Vaters in Detroit gab mir die Anschrift eines in Chicago wohnenden Neffens, der in einer Stahlfirma Personalchef war. Als Nichtbürger konnte er mich in diesem Betrieb nicht unterbringen. Er gab mir den Rat, in ein Büro zurückzugehen. Er erklärte mir, was ein Personalchef von einem Stellenbewerber hören wolle und was nicht, auch, daß ich z.B. Verbeugungen oder Ehrfurchtsbezeugungen unterlassen müsse, daß ich sauber angezogen, aber ja nicht in einem niegelnelneuen Anzug erscheinen solle etc. Dann verwies er mich auf das Arbeitsamt. Vier Tage später lag eine Aufforderung in meinem Briefkasten, mich vorzustellen. Es war ein Eisenbahnfrachteinzugsbüro mit vernünftigen Gehaltssätzen; ich war wieder an der gleichen Buchhaltungsmaschine wie in Peoria, bis ich dann im November 1942 zum Militärdienst eingezogen wurde. Nach meiner Entlassung im November 1945 ging ich wieder an die Stelle zurück. 1950 kam ich von der Maschine weg und war Kontenbearbeiter. Im Zeichen des Computers wurde das Büro 1965 aufgelöst und ich zu einer Eisenbahn versetzt, wo ich dann bis zu meiner Zurruesetzung im Januar 1977 mit ähnlicher Arbeit beschäftigt war.

Aus: Stadtarchiv Ulm (Hrsg.): Zeugnisse zur Geschichte der Juden in Ulm. Erinnerungen und Dokumente. Ulm 1991

Material 7: Zahl der aus Ulm ausgewanderten Juden in den Jahren 1933 bis 1945. Nach "Keil, Heinz: Dokumentation über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Ulm, Ulm 1961, S. 381, Anlage 13"

Jahr	Zahl der ausgewanderten Juden
1933	4
1934	6
1935	18
1936	48
1937	58
1938	40
1939	124
1940	25
1941	8
1945	1

Material 8: Zielländer aus Ulm ausgewanderter Juden. Nach "Keil, Heinz:
Dokumentation über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Ulm, Ulm 1961, S.382,
Anlage 14"

Zielland	Anzahl
USA	169
Palästina	55
England	49
Südamerika	21
Schweiz	13
Sonstige	25

Displaced Persons nach 1945

Der von den Amerikanern geprägte Begriff DPs (Displaced persons - verschleppte Personen) bezog sich auf ausländische Zivilpersonen, die im weitesten Sinn kriegsbedingt nach Deutschland gekommen waren und von den Alliierten bei Kriegsende in Deutschland vorgefunden wurden. Meist brauchten sie Hilfe, um heimzukehren oder in einem anderen Land ansässig zu werden. Zu den DPs gehörten ehemalige Zwangsarbeiter in deutschen Betrieben, ehemalige Konzentrationslagerhäftlinge und Osteuropäer, die vor der Roten Armee nach Deutschland geflüchtet waren.

Zu den DPs zählte man darüber hinaus auch jüdische Flüchtlinge aus Polen, die erst im Sommer und Herbst 1946 in die westlichen Besatzungszonen geflüchtet waren und dort ihre Auswanderung nach Palästina betrieben. Diese Personen hatten den Holocaust z.T. dadurch überlebt, dass sie vor der anrückenden Wehrmacht in die Sowjetunion geflüchtet waren oder - wenn sie aus dem östlichen, nach dem Hitler-Stalin-Pakt 1939 an die Sowjetunion gefallenen Polen stammten - nach Sibirien deportiert worden waren. Nach dem Krieg fanden die jüdischen Rückkehrer in Polen ein antisemitisches Klima vor, das 1946 in antijüdischen Ausschreitungen gipfelte. Da die Juden keine sichere Zukunft in Polen mehr sahen, flohen sie in die westlichen Besatzungszonen Deutschlands.

Über die Zahl der DPs gibt es keine genauen Angaben. Schätzungen gehen von 6 bis 12 Millionen Personen aus.

Zur Betreuung der DPs wurde schon 1943 eine Hilfsorganisation, die UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration, seit 1945 unter dem Dach der UNO) geschaffen, deren Hauptaufgabe in der Rückführung (Repatriierung) der DPs in ihre Heimatländer und in der Betreuung der DP-Lager bestand. Die lokalen UNRRA-Dienststellen unterstanden der örtlichen Militärkommandantur und waren ihrerseits wiederum in den Lagern gegenüber den nichtmilitärischen Hilfsorganisationen (z.B. Rotes Kreuz) weisungsberechtigt. Deutsche Behörden besaßen gegenüber den DPs nur eingeschränkte Gewalt. So unterstanden diese z.B. nicht der Meldepflicht und die deutsche Polizei durfte in den Lagern nur auf Anordnung der Militärpolizei tätig werden. Außerhalb der Lager durfte die deutsche Polizei DPs festnehmen, musste diese dann aber den Militärbehörden melden. Die Kosten für die Unterbringung und Versorgung der DPs hatten deutsche Stellen zu tragen. Ein Teil der Lagerinsassen war in der Lagerverwaltung und in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen tätig. Die Bezahlung oblag auch deutschen Behörden, die auf Grundlage der von der UNRRA vorgelegten Lohnlisten die Zahlungen vornahmen.

Die Rückführung von DPs aus Nord-, West- und Südeuropa in ihre Heimatländer konnte schnell und zügig abgewickelt werden. Das galt auch für sowjetische DPs, die nach den Vereinbarungen auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 ohne Rücksicht auf ihre individuellen Wünsche zwangsweise repatriert werden sollten. Sie befürchteten zu Recht, in der Sowjetunion für ihre Zwangsarbeit beim deutschen Kriegsgegner als Kollaborateure behandelt und entsprechenden Strafmaßnahmen ausgesetzt zu werden. Sehr schleppend verlief hingegen die Repatriierung von DPs aus der Ukraine, Polen und dem Baltikum. Die Vereinbarung mit den Westalliierten auf der Konferenz von Jalta sah nämlich nur die Zwangsrepatriierung von Sowjetbürgern nach der Gebietszugehörigkeit vom 1. September 1939 vor. Das bedeutete, dass die DPs aus den erst im Laufe des Krieges an die Sowjetunion gefallenen Staaten, nämlich Litauer, Letten, Esten und ein Teil der Ukrainer, sofern sie aus den ostpolnischen Gebieten stammten und nicht die sowjetische Staatsbürgerschaft besaßen, sich der Zwangsrepatriierung widersetzen konnten. Da diese den Stalinismus nach der gewaltsamen Eingliederung ihrer Staaten 1939/40 in die UdSSR miterlebt hatten und außerdem einer ungewissen Zukunft in ihrer Heimat entgegensehen, zogen viele den Verbleib in Deutschland vor. Außerdem ist davon auszugehen, dass sich unter den nicht rückkehrwilligen DPs auch einige Personen befanden, die während des Kriegs mit den

deutschen Besatzern zusammengearbeitet hatten. Ähnlich verhielt sich die Situation bei den polnischen DPs. Die Rückkehr in ein kommunistisch regiertes Land unter sowjetischer Oberhoheit schreckte viele ab.

Deshalb kam die Repatriierung der DPs bald ins Stocken. Nachdem das Ziel der Rückführung aller DPs bis 1947 nicht vollständig erreicht werden konnte, wurde die UNRRA aufgelöst und 1947 durch die International Refugee Organization (IRO) ersetzt. Diese setzte auf die Auswanderung in andere Länder oder die Eingliederung in die deutsche Gesellschaft. Zu den Aufnahmeländern gehörten unter anderem Großbritannien, Kanada, Belgien, USA, Frankreich, Palästina und Australien. Da aber die Einwanderungsländer hohe Ansprüche an Gesundheit, Alter, berufliche Qualifikationen etc. stellten, blieben die als „hard core“ bezeichneten Problemfälle, v.a. Alte, Kranke und kinderreiche Familien, zurück. Mit der Einstellung der Tätigkeit der IRO Mitte 1950 verloren diese ihren DP-Status und kamen als „heimatlose Ausländer“ unter deutsche Verwaltung. Die DP-Lager wurden in staatliche Wohnheime umgewandelt.

Situation in Ulm

Im Oktober 1945 ordnete die amerikanische Militärregierung an, für 1.500 Polen in Ulm Wohnraum zu schaffen. Die Stadt musste zu deren Unterbringung Privatwohnungen in der Sedanstraße von den deutschen Bewohnern räumen sowie die Wilhelmsburg und die Donaubastion herrichten lassen. Eine Umfrage unter polnischen DPs im Februar 1946 in Ulm ergab, dass 72,55 % nicht zur Repatriierung bereit waren.

Die Polen wurden vermutlich im Sommer 1946 in andere Lager abtransportiert. Ihren Platz nahmen nun jüdische DPs aus Polen ein. Nach einer Statistik der UNRRA vom 7. Dezember 1946 lebten in den Ulmer DP-Lagern 6.476 Juden, die weitaus größte Anzahl von Juden in einer Stadt im amerikanisch besetzten Teil Württembergs. Lager befanden sich u.a. in der Donaubastion, Hindenburg-, Boelcke- und Sedankaserne. In der Bleidornkaserne und in Dornstadt gab es Kinderlager. Die Ulmer Lager waren für zionistische Werbung von großer Bedeutung. Im Sommer 1947 stattete David Ben Gurion, der spätere Premierminister von Israel, Ulm einen Besuch ab, um dort Vorträge zu halten. Die Gründung des Staates Israel am 14. Mai 1948 wurde von den jüdischen DPs freudig aufgenommen. Trotz Errichtung eines eigenen jüdischen Staates verlief die Auswanderung jedoch schleppender als geplant. Bereits Ende August 1949 sollten die Ulmer Lager geräumt sein. Da jedoch nicht direkt die Auswanderung, sondern nur ein Umzug in andere Lager vorgesehen war, regte sich Widerstand. Die Bewohner hatten damit allerdings keinen Erfolg und wurden im September 1949 verlegt.

Nach Wegzug der jüdischen DPs wurden die Kasernen und beschlagnahmten Wohnungen sofort mit anderen DPs, vor allem Ukrainern und Balten (Litauer, Letten, Esten), belegt. 1950/1951 wurden die Ulmer DP-Lager nach und nach aufgelöst und die Bewohner, die nun den Status als „heimatlose Ausländer“ besaßen, entweder in anderen Lagern oder in Wohnungen untergebracht. Speziell für die Alten und Kranken unter ihnen wurde auf dem Gelände des Fliegerhorstes Dornstadt 1951 ein Altenheim eingerichtet. Zahlreiche orthodoxe Grabkreuze auf den Friedhöfen des Altenheims erinnern noch heute an die ersten Bewohner.

Das Verhältnis der deutschen Bevölkerung zu den DPs war teilweise gespannt. Sie galten in der Wahrnehmung der deutschen Bevölkerung und der deutschen Medien oftmals als bessergestellte, von der Militärverwaltung protegierte Personengruppe, die in der entbehrungsreichen Nachkriegszeit mitversorgt werden musste. Sie wurden auch manchmal mit dem Schwarzhandel in Verbindung gebracht, da sie von der UNRRA versorgt wurden und über die UNRRA an Waren kamen, die bei den Deutschen sehr nachgefragt waren, wie z.B. Zigaretten und Schokolade, aber auch Kleidung und Schuhe.

Durchschl.

Der Oberbürgermeister
der Stadt Ulm

Ulm, den 4. Juni 1945.
He.

Herrn
Regierungsrat Dambacher

Ich habe heute mit Oberst Harlow wegen der Russen- und Polenplage gesprochen. Oberst Harlow war schon genau im Bilde und sagte mir folgendes:

- 1.) Die Russen und Polen werden voraussichtlich in 3 - 4 Wochen wegkommen.
- 2.) Der Ausgang der Russen und Polen sei für die Zeit von 1 Uhr mittags bis 9 Uhr abends beschränkt. Wenn die Ladengeschäfte mit Recht Angst hätten, daß während dieser Zeit Plünderungen vorkommen, so sollen wir doch den Ladengeschäften erlauben, daß sie ihre Geschäfte nachmittags geschlossen halten und nur vormittags aufmachen.
- 3.) Die Ausländer können in den Ladengeschäften nur Einkäufe machen und dürfen nur Einkäufe machen, soweit sie Lebensmittelkarten oder sonstige Bezugsausweise in Händen haben und bezahlen. Wenn letzteres nicht der Fall ist, dann können die Ausländer überhaupt nichts einkaufen. Außerdem müssen diese Ausländer im Dienst der Zivilverwaltung, sei es Stadt oder Reichsbahn oder Industrie, arbeiten.

Abschrift an Dr. Baier

[Handwritten Signature]
Oberbürgermeister.

Durchschl.

Der Oberbürgermeister
der Stadt Ulm

ab am 8.8.45.
4. Aug. 1945.

An die
Polizeidirektion

U l m .

Betreff: Unterbringung von Ausländern.

In den Gebäuderuinen Hafenbad 16 hält sich, wie ich erfahre, eine Anzahl Ukrainer auf, die dort auch Vieh halten.

Ich bitte, nach den Dingen sehen zu lassen, besonders auch zu ermitteln, woher die Leute Lebens- und Futter-Mittel für sich und ihre Viehhaltung beziehen. Aus gesundheits- und sicherheitspolizeilichen Gründen dürfte die Sache wohl kaum auf die Dauer geduldet werden.

Material 2: Requisition von Bedarfsgütern für die DP-Lager (StA Ulm, B 122/30 Nr. 1)

Durchschlag 16.6.45

A k t e n - V e r m e r k

für den Herrn Oberbürgermeister

Vom Verbindungsmann beim amerikanischen Kommando des Ausländerlagers Wilhelmsburg, Hindenburgkaserne, Boelckekaserne und Friedrichsau wird heute folgende Anforderung dieses Kommandos übermittelt:

1. Boelcke - Kaserne:
 - 1 Lastwagenladung Bauholz versch. Abmessungen
 - 6 Hämmer, 1 Sortiment Nägel versch. Grössen
 - 2 Heizplatten, 36 Abfalleimer mit Deckel
 - 12 Behälter für die Küche à 50 l
 - 2 " " " " " à 25 l
 - 50 Bettlaken weiss, Zigaretten und Tabak
 - ein Mittel gegen Geschlechtskrankheit f. 3000 Leute
2. Hindenburg - Kaserne
 - 12 Handtücher, 5 Eimer, 12 Löffel, 12 Gabeln,
 - 12 Tassen, 12 Suppenteller, 1 Küchenschrank,
 - 12 Zahnbürsten, 8 Steppdecken, 10 Bettlaken.

Hierzu ist zu bemerken, dass Löffel und Gabeln in Ulm nicht mehr aufzutreiben sind. Die einzige Möglichkeit der Beschaffung bleibt bei der Württ. Metallwarenfabrik in Geislingen. Diese ist aber von den Amerikanern besetzt. Eine Herausgabe der Ware erfolgt nur auf schriftliche Anweisung des Militär-Governements. Es ist festzustellen, dass bei der letzten Belieferung durch die W.M.F. mitgeteilt wurde, dass die Vorräte durch direkte Entnahme von Seiten der Amerikaner erschöpft sind.

Zahnbürsten sind in Ulm nicht mehr erhältlich, ebenso Steppdecken. Insgesamt werden 60 weisse Bettlaken angefordert. Nachdem auch die Vorräte bei der Württ. Leinen-Industrie in Blaubeuren sowie bei den Leinwebereien in Leichingen durch direkten Abzug von Seiten der Amerikaner erschöpft sind, ist die Beschaffung dieser Wäsche nicht mehr durchführbar.

Die Forderung nach Zigaretten und Tabak für die Ausländer wird zum ersten Mal gestellt. Ich bitte hierüber um Entscheidung, ob aus deutschen Vorräten die Forderung zu erfüllen ist. Ob Vorräte vorhanden sind, muss festgestellt werden.

Von den Insassen der Boelckekaserne (Italiener) sollen 50% geschlechtskrank sein. Infolgedessen wird ein Heilmittel für 3000 Leute angefordert. Ob ein solches Mittel vorhanden ist, muss auch festgestellt werden.

Grundsätzlich ist noch die Genehmigung des Militär-Governements zur Durchführung der Beschaffung erforderlich.

DS

III
4
2

Material 3: Beratung des Oberbürgermeisters Scholl mit dem Beirat über die Unterbringung polnischer DPs (StA Ulm, 005/5 Nr. 307 § 71)

693

atung des Oberbürgermeisters
mit dem Beirat am 26.10.1945

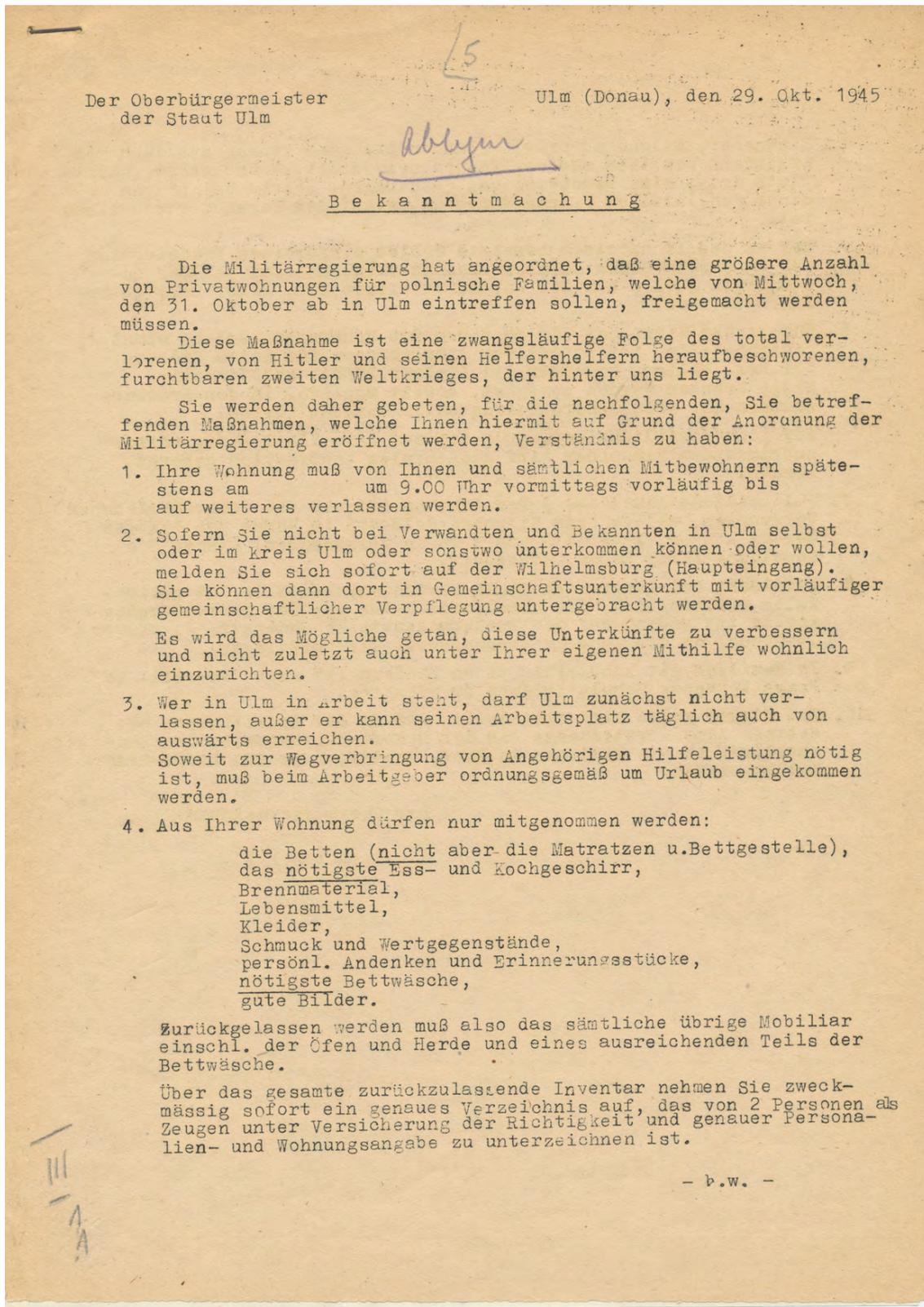
§ 71 ✓ *Scholl*

V 11/12, 85
11/12, 85
11/12, 85

Unterbringung von Polen und ~~sonstigen~~ ^{sonstigen} Flüchtlingen in Ulm

Der Oberbürgermeister führt hiezu aus: Seit der letzten Beiratssitzung am 12. ds. Mts. sei eine schwere Sorge über die Stadt hereingebrochen, nämlich die Unterbringung von 1500 Polen in Privatquartieren. Von der Militärregierung war bereits angeordnet, daß sämtliche Familien in der Gegend der Bedanstraße ihre Wohnungen räumen müssen. Gefreut habe es ihn, daß einige Herren des Beirats und der städtischen Aemter zu ihm gekommen seien, um die Sachlage mit ihm zu besprechen, was zur Abwendung der Anordnung getan werden könnte. Inzwischen habe sich die Gefahr durch eine Besprechung mit Oberst Harlow vorläufig beseitigen lassen. Die Militärregierung teile hiezu noch weiter mit, daß nicht beabsichtigt war, unverheiratete Polen in Privatwohnungen unterzubringen. Es seien aber Befehle eingetroffen, die die früheren Anordnungen für ungültig erklärten mit dem Inhalt, daß Ausländer in Wohnungen unterzubringen seien, die jetzt von deutschen Zivilisten bewohnt sind. Im Falle, daß die Durchführung der Transportmöglichkeit durch die Eisenbahn, die Polen in ihre Heimat zu verbringen, irgendwie mißlinge, würde es doch noch nötig werden, Zivilwohnungen in Ulm in Anspruch zu nehmen. Polen, die die Rückkehr in ihre Heimat verweigern, hätten den Wunsch, in Deutschland zu bleiben. Diese Gruppe werde in einer der jetzt als Ausländerlager benutzten Kasernen untergebracht. Es sei auch möglich, daß eine zweite Kaserne als Durchgangslager für Ausländer auf dem Weg in ihre verschiedenen Heimatländer bestimmt werde. Die noch übrigen Kasernen würden, sobald es praktisch mög-

Material 4: Anordnung zur Räumung von Wohnungen für polnische DPs (StA Ulm, B 122/30 Nr. 2)



Material 5: "Streik" jüdischer DPs (StA Ulm, G 7/3.1)



DP's traten in Sitzstreik

Am Mittwoch [27. April] traf in Ulm ein Transport mit 375 [jüdischen] DP's ein, die aus Eschwege kamen und in der Hindenburgkaserne untergebracht werden sollten. Dieses Ansinnen lehnten sie jedoch ab und verlangten kategorisch in Privatquartiere eingewiesen zu werden. Als die IRO-Ulm eine derartige Forderung ablehnte und weiterhin auf Unterbringung in der Hindenburgkaserne bestand, traten die DP's am Nachmittag des Mittwochs in den Sitzstreik, den sie die Nacht hindurch bis Donnerstag vormittag über aufrecht erhielten. Nachdem sich die IRO darüber klar geworden war, daß alles Zureden vergeblich bleiben würde, und auch die Eisenbahnverwaltung das Gleis wieder anderweitig brauchte, mußte Militärpolizei angefordert werden, die in den gestrigen späten Nachmittagstunden eingriff. Bis 18.30 Uhr hatten die DP's den Zug verlassen, so daß sie nach und nach in die für sie vorgesehene Kaserne verbracht werden konnten.

Auszug aus "Ulmer Nachrichten" vom 29. April 1949 (StA Ulm, G 5/67)

Material 6: Ulmer DP-Lager leeren sich. Ulmer Nachrichten vom 4. April 1949 (StA Ulm, G 5/67)

In den fünf jüdischen Lagern Ulms werden Koffer gepackt, Kisten vernagelt, Reisepapiere ausgestellt und ärztliche Untersuchungen finden am laufenden Band statt — alles Zeichen dafür, daß ein großer Aufbruch im Gange ist. Die Internationale Flüchtlingsorganisation (IRO) und die Jewish Agency for Palestine bereiten auch in Ulm in großem Stil die Auswanderung der in den hiesigen Lagern lebenden Juden nach Palästina vor.

Seit der Gründung des Staates Israel im Mai des vergangenen Jahres ist die legale Einwanderung jüdischer Bürger in größerem Maße bereits in Fluß gekommen. Aber der Krieg im Heiligen Land machte eine große und auf Monate sich erstreckende Planung zunächst noch nicht möglich. Erst die jetzt fortschreitende Festigung hat die Voraussetzung geschaffen, daß das Problem der jüdischen DP's in einer seit langem gewünschten und menschlich würdigen Weise seiner Lösung entgegengeht.

Wartesaal Deutschland

Viele Zehntausende von jüdischen Heimatlosen werden in den nächsten Wochen und Monaten in Palästina endgültig Heimat und Wohnstätte finden. Die Zwischenetappe Deutschland geht ihrem Ende entgegen. Man hat von jüdischer Seite diesen Zustand treffend mit einem Wartesaal verglichen, in dem die Reisenden auf den nächsten Anschlußzug warten. Daß dieser Zug erhebliche Verspätung hatte, darunter litten die unschuldig Wartenden selbst am meisten. Töricht wäre es, wie es mitunter aber tatsächlich geschehen, den Wartenden selbst die Schuld an der Verspätung zuzuschieben.

Die Stadt Ulm beherbergt 4 große jüdische Lager. Das sind die Sedan-Kaserne, die Boelcke-Kaserne, die Hindenburg-Kaserne und die Donaubastion, Hinzu kommen noch die zur „Area“ Ulm gehörigen Lager in der Ludendorff-Kaserne in Neu-Ulm, dann in Heidenheim und schließlich das inzwischen aufgelöste Lager in Leipheim.

Ulm Durchgangsstation

Rund 7 000 jüdische Bürger einschließlich ihrer Familien warten nun in Ulm nacheinander auf das Signal für ihre Abfahrt. Nicht alle haben Palästina als ihre endgültige Heimat gewählt. Doch werden sich nach zuverlässigen Schätzungen voraussichtlich gegen 90% für Israel entscheiden, während der Rest hauptsächlich von Amerika und Australien,

aufgenommen wird. Ein verschwindender Prozentsatz nur entschließt sich, in Deutschland eine Existenz aufzubauen.

25000 jüdische DP's aus der US-Zone Deutschlands wanderten in der Zeit zwischen Mai und Dezember des vergangenen Jahres nach Israel aus. Darunter befanden sich fast 5000 Männer, Frauen und Kinder aus den Ulmer Lagern. Ulm erfährt allerdings insofern wieder eine Auffüllung, als die Reste von aufgelösten Lagern in der US-Zone jeweils auf die Ulmer Kasernen aufgeteilt werden. Während in den Monaten Februar und März 1949 über 1000 DP's

aus Ulmer Lagern zur Auswanderung kommen konnten, wird sich in den kommenden Wochen die Zahl sprunghaft steigern. Schon im März kam die Auswanderung voll in Schwung. Das Bestreben der israelischen Behörden geht dahin, bis zum August dieses Jahres auch die Ulmer Lager aufzulösen, so daß von diesem Zeitpunkt ab, wahrscheinlich nur ein kleiner Teil von jüdischen Verschleppten für kürzere Zeit noch in Ulm verbleiben wird.

Zur „Wüste Negew“

Jede Woche verlassen jetzt schon 1—2 Transporte unsere Stadt, und im Laufe der Monate Mai bis Juli werden sich die Transporte steigern, die die Auswanderer zunächst nach Geretsried, einem großen Auffanglager bei Wörishofen, bringen. Zum Gedenken an die schweren und erfolgreichen Kämpfe jüdischer Truppen in der Wüste Negew im Süden Palästinas trägt dieses Auffanglager — die letzte deutsche Station — den Namen „Lager Negew“.

Wir wohnten an einem kalten Märztag einer Abfahrt nach Geretsried bei. Freude lag auf allen Gesichtern. Eine junge Mutter packte ihre beiden Kinder in Woldecken und konnte als Trost den frierenden Kleinen sagen: „Am Mittelmeer herrscht ein besseres Klima. Eine Woche müßt ihr noch geduldig sein“.

Aufbruch und Hoffnung

Der Aufenthalt im Lager „Negew“ dauert etwa drei Tage und ist ausgefüllt mit Formularen, ärztlichen Untersuchungen und dem üblichen Warten. Dann erst erfolgt die Weiterfahrt mit der Bahn nach Marseille, wo eigens vom Staate Israel gecharterte Schiffe die Auswanderer aufnehmen. Die Kosten für die nun anhebende Völkerwanderung werden von der Internationalen Flüchtlingsorganisation getragen, da es dem einzelnen meist gar nicht möglich wäre, den verhältnismäßig hohen Betrag, dazu noch in Devisen, aufzubringen.

Beruflich haben sich viele durch eine gründliche Ausbildung auf ihre neue Heimat vorbereitet. Eine Reihe von guten Schulen sorgten und sorgen noch für die geistige Erziehung der heranwachsenden Jugend. Es gibt

auch zahlreiche Medizin- und Jurastudenten und handwerkliche sowie technische Kurse, die praktische Kenntnisse vermitteln, die für den neuen Staat Israel eine wertvolle Bereicherung darstellen.

Die Auswanderung selbst, ihre Vorbereitung und Organisation ist eine enorme Leistung. Sie führt eine Entwicklung zu einem glücklichen Abschluß, die in ihren einzelnen Phasen ebenso tragisch wie menschlich erschütternd ist. Dies zu würdigen, wäre ein Beitrag der Einwohnerschaft Ulms zur geistigen Überwindung der zurückliegenden Jahre.

Material 7: Anordnungen der Militärregierung über die Zuständigkeit der deutschen Polizei und deutscher Behörden im Umgang mit DP's (StA Ulm, B 113/1 Nr. 1)

Abschrift.

OFFICE OF MILITARY GOVERNMENT
LAND WÜRTTEMBERG-BADEN
7780th COMUS GROUP, WÜRTTEMBERG-BADEN SECTION
APO 154 US ARMY

CBL/RLP/be
Pub.S.

Stuttgart, Deutschland
27. September 1948

An den
Herrn Ministerpräsidenten
von Württemberg-Baden

Betr.: Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung
unter den DP's der Vereinten Nationen.

1. Bezug: Diesseitiges Schreiben vom 16. Juli 1947 betr. "Verhaftung, Durchsuchung und Ergreifung von Personen in der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland."
2. Aus verschiedenen Quellen stammende Berichte deuten darauf hin, daß die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung unter den DP's der Vereinten Nationen ein Problem der polizeilichen Exekutive darstellt, das zu der Zahl der in Württemberg-Baden befindlichen DP's der Vereinten Nationen in keinem Verhältnis steht.
3. Diese Berichte deuten ferner darauf hin, daß die deutschen Organe der öffentlichen Sicherheit ihre Verantwortlichkeit für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung unter den DP's der Vereinten Nationen nicht voll verstehen und nicht in allen Fällen wissen, auf welche Weise sie notfalls, in Verbindung mit diesem Problem, die Unterstützung der amerikanischen Dienststellen nachzusuchen und herbeizuführen haben.
4. Mißverständnisse oder ungenügende Kenntnis der deutschen Organe der öffentlichen Sicherheit in bezug auf ihre Vollmachten und Verantwortlichkeiten sowie mangelndes örtliches Zusammenwirken spielen dabei eine grosse Rolle zu spielen. Es wird deshalb für wünschenswert erachtet, die Hauptgesichtspunkte der Politik der Militärregierung hinsichtlich der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung unter den DP's der Vereinten Nationen noch einmal darzulegen und die Mittel vorzuschlagen, durch welche das örtliche Zusammenwirken der fraglichen Dienststellen verbessert werden kann.
5. Aus den grundlegenden Vorschriften der Militärregierung in bezug auf Vollmachten und Verantwortlichkeit der deutschen Polizei wird nachfolgendes zitiert:
"Die deutsche Polizei besitzt volle Polizeivollmacht und Zuständigkeit in bezug auf die DP's der Vereinten Nationen, ausgenommen sind jedoch die Bereiche ihrer Sammellager. Alle DP's der Vereinten Nationen unterliegen den deutschen Gesetzen sowie den Gesetzen der Militärregierung, und die deutsche Polizei hat ausserhalb der Sammellager für Ruhe und Ordnung zu sorgen und DP's wegen Gesetzesverletzungen in derselben Weise festzunehmen wie jede andere, den deutschen Gesetzen unterworfenen Person; allerdings müssen DP's der Vereinten Nationen, die von der deutschen Polizei verhaftet oder ihr von amerikanischen Heerespolizeidienststellen bis zum Beginn des Verfahrens zur Inhaftierung übergeben worden sind, binnen 24 Stunden vom Zeitpunkt der Festnahme bzw. der Einlieferung (abgenommen Sonntage und gesetzliche US-Freiertage) dem nächstgelegenen Linfschen Militärgericht vorgeführt werden; ferner darf kein als "Verfolgter" eingestuftes DP (worumter im Sinne

:/:

116.5 PD-113

dieser Vorschriften auch alle jüdischen DP's der Vereinten Nationen fallen) in einem deutschen Gefängnis festgehalten werden. Verfolgte, die von der deutschen Polizei festgenommen wurden, sind sofort den Militärbehörden zur Inhaftierung bis zum Verfahrensbeginn zu übergeben."

6. Deutsche Organe der öffentlichen Sicherheit sind nicht ermächtigt, in DP-Sammellagern Kontroll- und Durchsuchungsaktionen einzuleiten. Es steht jedoch im Ermessen des mit der Durchführung einer Kontroll- und Durchsuchungsaktion beauftragten amerikanischen militärischen Führers, ob er deutsche Polizei unter der Aufsicht der amerikanischen Militärpersonen und in einer Anzahl, die die Anzahl der amerikanischen Militärpersonen nicht übersteigt, einsetzen will; ausgenommen hiervon sind jüdische Lager und solche, die in sowjetrussischer Verwaltung stehen. In den letzteren Fällen können jedoch deutsche Polizeibeamte oder andere deutsche Personen, soweit erforderlich, das amerikanische Personal in persönlicher Eigenschaft begleiten, um Personen oder Beweisstücke zu identifizieren, wenn dies zur Aufklärung verbrecherischer Handlungen, die ausserhalb des Lagers begangen wurden, erforderlich ist.
7. Die hauptsächlichsten Ziele einer Kontroll- und Durchsuchungsaktion werden im allgemeinen aus einem oder mehreren der folgenden Punkte bestehen:
 - a) Unterdrückung oder Ausmerzung des Schwarzmarkts;
 - b) Beschlagnahme verbotener Waffen und Waren;
 - c) Festnahme von Verbrechern oder verdächtigen Personen;
 - d) Überprüfung der Ausweise und Reisepapiere;
 - e) Feststellung und Festnahme von aufrührerischen Gruppen;
 - f) Feststellung und Festnahme von Fälschern;
 - g) Feststellung und Festnahme von Mitgliedern von Widerstandsorganisationen.
8. Deutsche Behörden einschließlich deutscher Polizei können bei der zuständigen Stelle der Militärregierung die Durchführung einer Kontroll- und Durchsuchungsaktion beantragen. Solche Anträge werden dem zur Anordnung einer solchen Aktion ermächtigten amerikanischen Befehlshaber zugeleitet. Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß solche Anträge auf sorgfältig zusammengestelltes Material gestützt sein müssen, aus dem sich mit ziemlicher Sicherheit ergibt, daß die Notwendigkeit für eine solche Aktion besteht. Allzu häufig sind solche Anträge auf Vermutungen, Annahmen und unzureichende Schlußfolgerungen begründet worden.
9. Es wäre zu begrüßen, wenn deutsche Polizeidienststellen im betreffenden örtlichen Bereich unmittelbare Verbindungen zu den verantwortlichen amerikanischen Heerespolizeidienststellen und zu IRO-Sammellagern herstellen, zwecks Nachrichtenaustausch, gegenseitiger Unterstützung bei der Bewältigung laufender Probleme der polizeilichen Exekutive, und zwecks Schaffung dauernder Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Polizeidienststellen. Es ist anzunehmen, daß ein solches Zusammenwirken die Schlagkraft aller Dienststellen wesentlich erhöhen und, darüberhinaus, die Beschaffung, Entwicklung und Zusammenlegung sachdienlichen und ausreichenden Beweismaterials, erleichtern wird; ein sol-

Material 8: 7000 DP's aus Ulm und Neu-Ulm demonstrieren. Auszug aus der Schwäbischen Donauzeitung vom 7. November 1949 (StA Ulm, G 5/63)

Über 50 Transparente - 10 Redner aus sechs Nationen - Resolution einstimmig angenommen

Anlässlich der 32. Wiederkehr des Tages der bolschewistischen Revolution am 7. November 1917 hielten gestern 7000 DP's aus Ulm, Neu-Ulm und Leipheim in der Münsterstadt eine große antibolschewistische Kundgebung ab. Um 13 Uhr verließ je ein Zug mit 1000 bis 2000 Personen die Sedan-, Reinhardt- und Hindenburgkaserne. Kleinere Gruppen zu 100, 500 und 700 Personen, die sich nach Nationalitäten wie Türken, Slowaken, Weißruthenen und Balten zusammensetzten, schlossen sich an. Aus Leipheim waren 500 DP's in Ulm eingetroffen. Die einzelnen Züge waren wohlgeordnet. Zwischen den Reihen liefen durch Armbinden gekennzeichnete Ordner. Die Züge wichen den Straßenbahnen aus. Über 50 Transparente, Bilder, Landkarten und ein Dutzend Fahnen wurden mitgetragen. Auf einem Pferdefuhrwerk war eine sowjetische Landkarte zu sehen, auf der die unzähligen russischen KZs eingetragen waren.

Der Höhepunkt der Kundgebung fand auf dem westlichen Münsterplatz statt. Nacheinander bestiegen zehn Redner aus sechs verschiedenen Nationen, 5 Ukrainer und je 1 tschechischer, slowakischer, türkischer, ungarischer und kaukasischer Vertreter die durch einen Pferdewagen gebildete Rednertribüne. Die Gruppe der Letten bekundete ihre Solidarität durch Verlesung eines Briefes. Rechts und links der Rednertribüne standen die Fahnenabordnungen einzelner Nationen, die jeweils vortraten, wenn ihre Redner an der Reihe waren.

Die meisten Reden wurden in der Landessprache gehalten und waren auffallend aggressiv. Die Anwesenden folgten gespannt den teilweise mit großer Begeisterung vorgetragenen Reden, während deren die Männer die Häupter entblößten. Der Vertreter des slowakischen Volkes wurde mehreremale durch Beifallskundgebungen unterbrochen. Ein ukrainischer General wurde schon beim Besteigen des Wagens mit großem Applaus empfangen. Der Inhalt der Reden gipfelte in der Charakterisierung und Verurteilung des bolschewistischen Systems und in dem Gedenken an die Freiheitskämpfer der einzelnen Nationen. Ein orthodoxer Priester schilderte, wie seit 1917 über 18 Millionen Ukrainer umgekommen sind, davon 14 Millionen allein durch Hunger.

Am Schluß der Kundgebung nahm die im großen Viereck um das Rednerpult aufgestellte Menge auf Vorschlag des Vertreters der ABN, des antibolschewistischen Blocks der Nationen, eine Resolution an, in der sie „kategorisch die bolschewistischen Lügen verneinten, durch ihre Anwesenheit die unsagbaren Verbrechen der Bolschewiken an den unterjochten Nationen bezeugen wollten und das Abendland zum Kampf gegen den Bolschewismus aufforderten.“

Nach Absingen eines ukrainischen Kirchenliedes, in dem das Volk zur Einigung aufgerufen wird, zogen die einzelnen Demonstrationzüge ebenso wohlgeordnet wieder ab, wie sie gekommen waren.

Material 9: Meldungen über von DP's verübten Straftaten (StA Ulm, B 122/31 Nr. 2)

Polizeidirektion U l m

Ulm, den 27. September 1949
Jü/Pa.

An den
Herrn Oberbürgermeister
der Stadt Ulm
U l m / Do.

Betr.: Einbrüche und Raubüberfälle durch DP's

Nachstehend wird eine Übersicht über die in den letzten Tagen erfolgten Einbrüche und Raubüberfälle vorgelegt:

1.) Einbrüche:

In der Nacht vom 21./22.9.49 wurde in 11 Fällen am Rechbergweg und Rosersteinweg eingebrochen. Die Täter, die mittels Nachschlüssel eindrangen, hatten es abgesehen auf Geld und Wertsachen. Es handelte sich um Ausländer.

Wie der Polizeidirektion gemeldet wurde, versuchten am 26.9.49 gegen 13.30 Uhr 5 Ausländer am Unteren Eselsberg in einen Lagerraum der Firma UBG und Fa. Bilger einzudringen. Sie hatten bereits versucht, einige Steine herauszubrechen. Ein in der Nähe weilender Mann mit einem Hund vertrieb leider die Täter, sodass eine Festnahme durch das eingesetzte Überfallkommando nicht mehr erfolgen konnte. Nach Zeugenaussagen entfernten sich die Täter in Richtung Hindenburgkaserne.

2.) Raubüberfälle:

Am 21.9.49 gegen 22.00 Uhr wurden zwei Personen am Donauufer in der Nähe der Ziegellände von zwei bewaffneten Männern überfallen und beraubt. Unter Vorhaltung von Pistolen nahmen die Täter Armbanduhren, Schmuck und Kennkarte ab. Nach Meldung des Vorganges wurden sofort Polizeistreifen eingesetzt, die das Donauufer bis Donaual abstreiften. Weitere Streifen wurden eingesetzt nach der unteren Kuhbergkaserne und Galgenberggegend sowie Grimmelfingen. Nach Angaben der Überfallenen handelte es sich um Ausländer.

In der Nacht von Samstag auf Sonntag gegen 1.20 Uhr wurde ein Passant im Lehrertal von zwei unbekanntem Männern überfallen und niedergeschlagen. Dabei beraubten sie ihn seiner Armbanduhr, seiner Brieftasche und der Kennkarte. Die Täter flüchteten, wie durch Zeugenaussagen festgestellt wurde, in Richtung Mähringerweg. Sie sprachen gebrochen deutsch.

Am Sonntag gegen 23.45 Uhr wurde eine Frau in der Schellingstr. von zwei unbekanntem Männern überfallen. Sie erhielt einen Faustschlag von hinten und wurde ihrer Handtasche beraubt. Als sie um Hilfe rief, flüchteten die Täter in Richtung Bleidornkaserne. Ein Ausländer, der der Teilnahme verdächtig ist, wurde festgenommen.

Am 26.9.49 gegen 8.15 Uhr wurde ein Radfahrer auf dem Grimmelfingerweg in der Nähe der Barbaralinde von 2 Ausländern überfallen. Sie zwangen ihn zum Absteigen, forderten von ihm Geld und entriessen ihm seine Aktenmappe. Der Überfallene setzte sich zur Wehr. Die Täter gingen in Richtung Barbaralinde stadteinwärts flüchtig.

b.w.

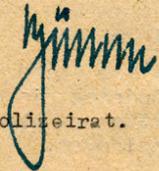
III 4,1

3.) Festgenommener Taschendieb:

In den Vormittagsstunden des 26.9.49 ~~wurde~~ ein Ukrainer, der sowohl in München als auch hier schon mehrfach als Taschendieb festgenommen wurde, einer vor einem Geschäft in der Glöcklerstr. stehenden Frau den Geldbeutel aus der Manteltasche. Unter Mitwirkung von Zivilisten wurde er von einem Polizeibeamten festgenommen und eingeliefert. Die Ermittlungen haben ergeben, dass er schon vorher einen anderen Laden in der Glöcklerstr. betrat, darin herum lief und denselben wieder verliess, ohne etwas zu kaufen.

4.) Festnahmen:

Festgenommen wurden 8 Ausländer, davon 4 wegen Glücksspiel, 1 wegen Verdacht der Beteiligung an einem Raubüberfall, 2 wegen Taschendiebstahl und 1 wegen Glühlampendiebstahl.


Polizeirat.

Material 10: Vorgeschichte und Lebenslauf Yona Sorek und Hana Melnik - Jüdische DPs in Ulm

Yona Sorek wurde am 16. Februar 1941 als Tochter des Schlossers Sicham Zajdweg und seiner Ehefrau in Kuibyschew an der Wolga (heute: Samara, Russland) geboren. Ihre Eltern waren polnische Juden aus Piotrków Trybunalski, die 1939 nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen in die Sowjetunion geflohen waren. Nach einem Jahr in Kuibyschew wurden die jüdischen Flüchtlinge weiter nach Osten gebracht, wo die Eltern in einer Konservenfabrik arbeiteten.

Nach dem Kriegsende kehrten Yona Sorek und ihre Eltern nach Polen zurück, um nach überlebenden Familienmitgliedern zu suchen. Der Kontakt zu den in Polen verbliebenen Verwandten war ungefähr 1942 abrupt abgebrochen. Wie sich später herausstellte, war im September 1942 ein Großteil der in Piotrków Trybunalski verbliebenen jüdischen Bevölkerung von den Deutschen ermordet oder nach Treblinka deportiert worden, so wohl auch die Verwandten der Zajdwegs.

In Polen hörte die Familie von der jüdischen Untergrundbewegung Bricha (Ha'Bricha), die osteuropäischen Juden bei der Flucht oder der Emigration nach Palästina half. Mit Hilfe dieser Organisation gelangte die 4-jährige Yona Sorek mit ihren Eltern über Stettin, die Tschechoslowakei, Wien und Linz im Januar 1946 nach Ulm, da die Auswanderung nach Palästina aus der amerikanischen Besatzungszone als am einfachsten galt. Sie wurden in der Boelcke-Kaserne in der Römerstraße untergebracht.

In dem DP-Camp in der Boelcke-Kaserne wurde am 29. Januar 1948 Yona Soreks Schwester Hana geboren, bevor die Familie 10 Monate später, im November 1948 über Marseille in den neu gegründeten Staat Israel auswandern konnte. Yona Sorek lebt heute in Israel, ihre Schwester Hana Melnik in den USA.

Beim ersten Besuch Hana Melniks in ihrer Geburtsstadt Ulm 2010 führte die Leiterin des Dokumentationszentrums Oberer Kuhberg Ulm Dr. Nicola Wenge ein Interview mit Hana Melnik und ihrer Schwester Yona Sorek, die knapp drei Jahre ihrer Kindheit in dem DP-Lager verbrachte. Die beiden Frauen berichteten über die Geschichte der polnisch-jüdischen Familie Zajdweg, das Leben in der Boelcke-Kaserne und den späteren Umgang mit ihrer Vergangenheit. Das Gespräch wird im Folgenden in Ausschnitten zitiert. Das vollständige Interview ist im Archiv des Dokumentationszentrums Oberer Kuhberg (DZOK) überliefert.

Interview

NICOLA WENGE: Und dann kamen Sie nach Ulm und direkt in die Boelcke-Kaserne. Erinnern Sie sich an Ihre ersten Eindrücke?

YONA SOREK: An die ersten Eindrücke erinnere ich mich nicht mehr. Aber ich erinnere mich an mein Leben hier.

NICOLA WENGE: Woran erinnern Sie sich?

YONA SOREK: Ich erinnere mich daran, wie ich mit meinen Eltern in einer Reihe stand, um auf das Essen zu warten. Ich erinnere mich daran, dass im Speisesaal ein großer Behälter mit einem schwarzen Getränk stand. Ich wollte es probieren, aber sie sagten mir, dass es nicht gut ist. Aber ich verlangte danach, weil ich es alle Leute trinken sah. Also gaben sie es mir - es war Kaffee. Aber es hat geschmeckt *[lacht]*. Er war ohne Zucker, aber ich mochte ihn. Ich erinnere mich auch daran, dass unser Zimmer durch eine Decke getrennt war und später, als sie [die Eltern] erkannten, dass sie nicht am nächsten Tag gehen konnten, sondern eine längere Zeit hier bleiben mussten, trafen sie die Entscheidung, eine Trennwand aus Holz zu bauen.

NICOLA WENGE: Wie viele Menschen lebten in dem Raum?

YONA SOREK: Unsere Familie - also drei und später vier. Ein Vater und sein Sohn lebten in einem anderen Teil. Und es gab noch eine einzelne Person, also waren wir zu sechst.

HANA MELNIK: Mit mir später sieben.

NICOLA WENGE: Hatten Sie Kontakt zu anderen DPs in der Boelcke-Kaserne oder war das auf Ihre Familie beschränkt?

YONA SOREK: Nein, meine Eltern hatten Freunde. Wir sehen auf diesem Foto, dass sie zu Freunden eingeladen waren. Ich erinnere mich daran, dass wir in den Wald nahe der Donau zum Campen mit anderen Menschen gingen. Ich hatte Freunde. Mein Vater arbeitete, also kannte er Leute in seiner Arbeit. Sie hatten also Verbindung zu anderen Leuten in der Boelcke-Kaserne.

NICOLA WENGE: Wissen Sie etwas über das kulturelle und religiöse Leben?

YONA SOREK: Am Anfang - im ersten Jahr - hatten die Juden (nicht nur in der Boelcke-Kaserne) ihre „Elite“ verloren, zum Beispiel die Lehrer, die getötet wurden. Andere Menschen mussten sich darum kümmern, dass die Kinder nicht nur herumrannten. Einer, der früher einmal Lehrer war und sehr gut unterrichten konnte, teilte die Kinder in Klassen ein, um sie zu unterrichten. Es gab Kinder, die noch nichts gelernt hatten, weil sie in Bunkern oder im Wald gelebt hatten. So gaben sie ihnen einen ersten Rahmen und Bildung.

NICOLA WENGE: Um dem Leben wieder eine Struktur zu geben, damit die Leute wieder als Menschen leben konnten.

YONA SOREK: Ja. Es waren also die Juden, die die Verantwortung übernahmen. Später - ich war im Kindergarten in der Boelcke-Kaserne und hatte eine Jüdin als Lehrerin - entschied das Zentralkomitee der DPs in München...*[wechselt ein paar Worte mit ihrer Schwester auf Hebräisch]*

HANA MELNIK: ...es entschied, dass ihre Richtung von nun an zionistisch sein sollte. Es gab auch andere Gruppen, die andere Ideologien hatten.

YONA SOREK: Sie organisierten die Schulen und andere - kulturelle – Angebote. So wurde alles besser organisiert. Und dann kamen Hebräischlehrer aus Israel, um Hebräisch zu lehren und die Leute darauf vorzubereiten, nach Israel zu gehen.

HANA MELNIK: Sie wollten, dass die Leute schon vorzeitig auf die Kultur in Israel ausgerichtet sind und sie vorbereiten. Sie machten das mit den Kindern und den Erwachsenen. Sie taten alles Mögliche, um sie vorzubereiten, damit sie besser vorbereitet in das neue Land kommen konnten.

NICOLA WENGE: Haben Sie irgendwelche Erfahrungen oder Erinnerungen an das Zusammentreffen mit Deutschen?

YONA SOREK: [*zögert*] Nein.

NICOLA WENGE: Negative?

YONA SOREK: Als ich von der Boelcke-Kaserne zur Sedan-Kaserne zur Schule ging, stoppten uns kleine Kinder und riefen „Verfluchte Juden“. Ich habe nicht verstanden, was es bedeutet, aber ich verstand, dass es nichts Nettes war. [*lacht*]

NICOLA WENGE: Sie gingen also in der Sedan-Kaserne zur Schule?

YONA SOREK: Ja. Der Kindergarten war in der Boelcke-Kaserne, aber die Schule in der Sedan-Kaserne. Ich erinnere mich daran, wie ich die Straße herunterging und das Münster sehen konnte.

NICOLA WENGE: Sie lebten in einem Land, das Sie vorher nicht kannten, Sie verstanden die Sprache draußen nicht, Sie lebten aus den Koffern, weil Sie jederzeit erwarteten, zu gehen. Hatten Sie jemals das Gefühl, dass es Deutschland war, wo Sie waren?

YONA SOREK: Für mich war es eine sehr glückliche Zeit. Ich glaube nicht, dass das bei meinen Eltern oder anderen der Fall war. Aber ich als Kind hatte meinen Alltag, ich hatte Schule, ich hatte Freunde, ich hatte den Sommer, die Rosen und Picknicks. Einmal im Jahr schickten sie mich in eine Siedlung außerhalb der Boelcke-Kaserne in den Bergen. Es war das erste Mal, dass ich ohne meine Eltern war. Ich habe geweint, also haben sie mich zurückgebracht. [*lacht*]

NICOLA WENGE: Und Ihre Eltern? Könnten Sie einen normalen Tag in der Boelcke-Kaserne beschreiben? Wann sind Sie aufgestanden, was haben Ihre Eltern gemacht? Wie war das Leben?

YONA SOREK: Ich stand morgens auf, um in die Schule zu gehen. Wir mussten den gesamten Korridor entlang gehen, um die Hände zu waschen und auf die Toilette zu gehen - er war sehr lang. Mein Vater ging zur Polizei [amerikanische Militärpolizei]. Er war manchmal im Büro, manchmal im Auto [auf Streife]. Er war nicht der Fahrer, weil er nicht fahren konnte. Als meine Mutter als Strickerin arbeitete, erinnere ich mich, ging ich oft nach dem Kindergarten zu ihr und wollte auch stricken. Sie gaben mir etwas [*lacht*] und ich war sehr zufrieden. Ich erinnere mich an einen Tag - vielleicht war es Nachmittag, ich erinnere mich nicht an die genaue Zeit - da war eine Person, die ein Radio hatte. Er stellte einen Lautsprecher an sein Fenster und verband ihn mit dem Radio, so dass die Menschen auf dem Hof den jiddischen BBC-Nachrichten zuhören konnten. Ich erinnere mich [*wechselt einige Worte auf Hebräisch mit ihrer Schwester*]

HANA MELNIK: ...an den Tag, als die Vereinten Nationen die Gründung Israels erklärten.

YONA SOREK: Ich erinnere mich, dass alle dastanden und dann... *[wechselt einige Worte auf Hebräisch mit ihrer Schwester]*

HANA MELNIK: Als die Durchsage kam, fuhren alle aus der Haut und sie holten Flaggen heraus, fingen an zu tanzen und zu singen. Sie waren völlig außer sich. Und das alles nur, weil ein Mensch dieses Radio hatte und es mit allen teilte. So wurden alle Zeugen der Bekanntmachung.

NICOLA WENGE: Sie erwähnten den Schwarzmarkt. Könnten Sie beschreiben, wie wichtig er war?

YONA SOREK: Ich erinnere mich nicht daran, weil ich kein Teil davon war, aber ich erinnere mich daran, was mein Vater uns erzählte und ich habe einige Dokumentationen gelesen. Er war wichtig, um die ganze Nahrung zu bekommen - wenn man frische Früchte wollte, oder etwas anderes, musste man es draußen kaufen. Man kaufte es durch Tauschen. Das wahre Geld waren Zigaretten und Schokolade, die die Amerikaner uns gaben und so funktionierte das alles. Ich weiß, wenn sie Fleisch wollten, mussten sie eine Kuh in die Boelcke-Kaserne schmuggeln. Es passierte möglicherweise mehr als einmal. Der Chef der Jüdischen Polizei drückte beide Augen zu, aber es war nicht erlaubt! Jedes Auto [das in die Kaserne fuhr] musste glaube ich 50 Dollar oder Deutsche Mark Gebühr bezahlen, aber es war für die Kasse der Zionisten. Er war Zionist, aber wenn man den Schwarzmarkt wollte, musste man bezahlen.

NICOLA WENGE: Wissen Sie etwas über das Verhältnis zwischen den unterschiedlichen DP-Gruppen - die der jüdischen zu der polnischen oder ukrainischen?

YONA SOREK: Ich weiß es nicht genau. Ich weiß, dass es anfangs, wenn die ukrainischen Flüchtlinge oder DPs mit Juden zusammen waren, Kämpfe gab, weil die Juden nicht mit ihren früheren Unterdrückern zusammenleben wollten. Es gab also viele Streitigkeiten und Konflikte, sodass man die Gruppen trennen musste. Sie versuchten alle Flüchtlinge in ihre Heimat zurückzuführen - sogar Juden nach Polen oder Ungarn. Aber fast alle Juden gingen nicht. Ein paar gingen nach Rumänien oder Ungarn, aber viele davon kehrten zurück.

Integration von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen seit 1945

Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis etwa 1950 wurden über 12 Millionen deutsche und deutschstämmige Heimatvertriebene auf dem Gebiet des heutigen Deutschland aufgenommen. Diese stammten im wesentlichen aus den östlich der Oder und Neiße gelegenen Gebieten des Deutschen Reichs, die von den Alliierten auf der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis zum 2. August 1945) Polen und der Sowjetunion unterstellt wurden, aus dem Sudetenland (deutsch besiedeltes Gebiet in der Tschechoslowakei) sowie aus deutschen Siedlungsgebieten in Ungarn, Rumänien und Jugoslawien. Die Verteilung dieser Heimatvertriebenen auf die deutschen Länder war sehr unterschiedlich. Während im Jahr 1950 in Schleswig-Holstein der Anteil der Heimatvertriebenen an der Wohnbevölkerung bei einem Drittel und in Mecklenburg-Vorpommern sogar bei 45 % lag, war der Anteil in Rheinland-Pfalz mit 5 % sehr gering. Diese niedrigen Zahlen kommen daher, dass Rheinland-Pfalz zur französisch besetzten Zone gehörte und sich die französische Militärregierung bis 1948 weitgehend dagegen sträubte, überhaupt Heimatvertriebene aufzunehmen. Ab 1948 kam es zu einer Binnenumsiedlung von Heimatvertriebenen aus den am stärksten belasteten Ländern der westlichen Besatzungszonen Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern in die Länder der französischen Zone (Württemberg-Hohenzollern, Baden, Rheinland-Pfalz).

Die Flüchtlingsströme spiegeln sich auch in den Ulmer Zahlen wider. Am Jahresende 1950 lebten 8052 Heimatvertriebene in Ulm, das waren 11 % der Wohnbevölkerung. Ulm war auch in soweit als Drehscheibe für Flüchtlingstransporte prädestiniert, da es mit den Werken der ehemaligen Bundes- bzw. Reichsfestung und den Kasernen zahlreichen Menschen Unterkunft bieten konnte und außerdem an einem Verkehrsknotenpunkt sowie nur wenige Kilometer von der französischen Zone entfernt lag.

Nachdem das im Mai 1945 eröffnete Übernachtungslager in der Wagnerschule zu klein geworden war, richtete man in der aus dem Jahr 1866 stammenden Kienlesbergkaserne im Juli 1945 ein "Staatliches Durchgangslager" ein, das zweitgrößte der zehn Durchgangslager im damaligen Land Württemberg-Baden (nördlicher Teil des heutigen Baden-Württemberg). Im Oktober 1945 traf dort der erste Transport mit Vertriebenen aus Schlesien ein. In der Regel war das Lager mit 1800 Menschen belegt, die für einige Tage oder Wochen blieben und notdürftig medizinisch versorgt wurden, ehe sie in neue Unterkünfte verteilt wurden. Zwischen 1945 und 1952 kamen neben 200.000 heimkehrenden Wehrmachtssoldaten mehr als 250.000 Flüchtlinge auf dem Kienlesberg an. Die meisten wurden aufgrund der prekären Wohnraumsituation in der Stadt auf ländliche, vom Krieg meist verschonte Gemeinden verteilt, so dass im Landkreis Ulm 1950 etwa doppelt so viele Heimatvertriebene wie in der Stadt Ulm lebten. Die ländlichen Gemeinden waren häufig in ihrer Wirtschaftsstruktur überfordert, da Arbeitsplätze meist nur im landwirtschaftlichen Bereich vorhanden waren. Außerdem verursachte die zwangsweise Zuweisung von Heimatvertriebenen oft Spannungen mit den Einheimischen: Die Vertriebenen, die durch Flucht und Vertreibung mittellos und häufig traumatisiert waren, hausten in der Regel mit ihren Familienangehörigen in einem Zimmer und teilten sich mit den Wohnungsinhabern Küche und sanitäre Einrichtungen. Manche Vertriebene besaßen in der Heimat große Höfe mit Gesinde und fanden sich nun selbst als Knechte und Mägde wieder. Einige ursprünglich rein evangelische oder katholische Dörfer wurden durch den Zuzug von Flüchtlingen zu Gemeinden mit gemischter Konfession. Auch die Dialekte der Vertriebenen wurden häufig von der ortsansässigen Bevölkerung als fremdartig erfahren. Erst die Verbesserung der Wohnraum- und Arbeitsverhältnisse ließ im Lauf der 50er Jahre den Zuzug von Flüchtlingen in den städtischen Bereich erheblich ansteigen.

Durch das Lastenausgleichsgesetz von August 1952 erhielten die Vertriebenen teilweise finanzielle Entschädigung für die durch die Vertreibung entstandenen Schäden an Vermögenswerten.

Doch kaum waren die Heimatvertriebenen notdürftig untergebracht, kam es ab 1953 zu einer erneuten Flüchtlingswelle. Die zunehmende Sowjetisierung von Wirtschaft und Gesellschaft in der DDR, die Erhöhung der Arbeitsnormen sowie die Niederschlagung des Volksaufstands am 17. Juni 1953 ließen den Flüchtlingsstrom in den Westen anschwellen. In Ulm wurden die Sedankaserne, die Untere Kuhbergkaserne und die Wilhelmsburg zur vorübergehenden Heimat von mehreren tausend Menschen. Bis in die frühen 1960er Jahre lebten zeitweise über 4000 Menschen in der Wilhelmsburg, in der eine Stadt im Kleinen mit Schule, Kindergarten, Bücherei, Küchen, Kaufläden, einem Postamt, einem Theater sowie einer evangelischen und katholischen Kirche entstand. Nachdem durch den Mauerbau in Berlin 1961 die letzte Fluchtmöglichkeit verbaut war, leerten sich auch die Ulmer Flüchtlingslager, die kurz darauf aufgelöst wurden.

Die Vertriebenen organisierten sich schon bald in eigenen Verbänden und Landsmannschaften. Diese luden zu regelmäßigen Treffen ein, in denen man kulturelle Ziele verfolgte und die Erinnerung an das Brauchtum und die verlorene Heimat pflegte. Obwohl die Vertriebenenverbände in der am 5. August 1950 in Stuttgart verkündeten "Charta der Heimatvertriebenen" feierlich auf Rache und Vergeltung für erlittenes Unrecht verzichteten, gaben sie ihre Ansprüche an die Gebiete östlich von Oder und Neiße nicht auf. Die Oder-Neiße-Grenze wurde erst mit Abschluss des "Zwei-plus-vier-Vertrags" zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und den vier Alliierten im Jahr 1990 als polnische Westgrenze endgültig anerkannt.

Außerdem traten die Heimatvertriebenen mit Veranstaltungen und Kundgebungen an die Öffentlichkeit. Beispielhaft sei hier die vom 30. November bis 21. Dezember 1947 dauernde und in der Kienlesbergkaserne stattfindende Neubürger-Ausstellung "Neues Schaffen" erwähnt, auf der Flüchtlingsbetriebe ihre Erzeugnisse ausstellen konnten.

Auf politischer Ebene gründeten die Vertriebenen Parteien wie die "Deutsche Gemeinschaft – Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (DG-BHE)" und die nur in der Kommunalpolitik tätigen Vereinigungen wie die "Liste der vertriebenen Deutschen (LvD)" und die "Überparteiliche Liste der Heimatvertriebenen und Sowjetzonenflüchtlinge (ÜLdH)", die bis Anfang der 1960er Jahre im Ulmer Gemeinderat vertreten waren.

Die Integration der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge wurde bis ca. Ende der 1950er Jahre vollzogen. Das ist u.a. ablesbar an den zurückgehenden Wahlerfolgen der Vertriebenen-Parteien, an Mitgliedschaften von Heimatvertriebenen in Vereinen der neuen Wohnorte, an Eheschließungen mit Einheimischen, an der Übernahme der Dialekte der neuen Heimat (spätestens in der 2. Generation) sowie an der Eingliederung in den Arbeitsmarkt, die den Vertriebenen die Teilhabe am Wirtschaftswunder und damit auch den Bau von Eigenheimen in der neuen Heimat ermöglichte. Die erfolgreiche Integration entzog außerdem revanchistischen Tendenzen in der Bundesrepublik Deutschland weitgehend den Nährboden.

Material 1: Statistik über die Herkunftsländer der Heimatvertriebenen in Ulm von 1948 bis 1954 (Ulmer Statistik. Jahrbuch 1954. Hrsg. Stadt Ulm)

16 Die Heimatvertriebenen: Heimatland
Stand: Jahresende

Heimatländer	Zahl der Flüchtlinge am Jahresende				Zahl der Flücht- linge ivH 1954
	1948	1950	1952	1954	
Tschechoslowakei	1 256	1 832	2 439	2 981	24,2
Ungarn	421	1 058	1 094	1 155	9,4
Rumänien	200	317	387	398	3,2
Jugoslawien	121	321	369	428	3,5
Ehem. deutsche Reichsgebiete					
östl. Oder/Neisse	.	2 825	3 734	4 969	40,5
Polen	1 547	975	945	967	7,9
Russland	.	186	195	215	1,7
Oesterreich	148	276	306	319	2,6
Sonstige Länder	166	262+)	587+)	859+)	7,0
Summe	3 859	8 052	10 056	12 291	100,0
ivH der Wohn- bevölkerung	5,9	11,0	13,1	14,1	

Anmerkung: +) In diesen Zahlen ist jeweils der Geburten-
überschuss der Flüchtlingsfamilien enthalten
(1950: 8 Personen, 1952: 89 Personen,
1954: 163 Personen).

Material 2: Statistik über die Belegung der Ulmer Flüchtlingslager 1953 - 1958 (Ulmer Statistik. Jahrbuch 1958. Hrsg. Stadt Ulm)

Die Insassen der Ulmer Flüchtlingslager

Stand am Jahresende	Wilhelmsburg	Sedan-kaserne	Unterer Kuhberg	Römerstrasse	Zusammen männl.	weibl.	insgesamt	darunter Sowjetzonenflüchtlinge
1953	3 742	3 036	627	998	4 031	4 372	8 403	8 307
1954	4 103	2 902	687	1 001	4 106	4 537	8 693	8 664
1955	4 039	2 816	671	1 019	3 930	4 615	8 545	8 507
1956	4 344	2 489	652	990	3 833	4 642	8 475	8 412
1957	3 939	2 228	653	1 014	3 615	4 219	7 834	7 736
1958	3 199	1 751	686	1 007	3 025	3 618	6 643	6 411

Material 3: Bericht von Hans Joohs, Dolmetscher im Lager Kienlesberg und später Leiter des städtischen Amts für Besatzungsleistungen, vom 5. Januar 1946 über die Verhältnisse im Durchgangslager Kienlesberg, erschienen in der Schwäbischen Donauzeitung vom 5. Januar 1946 (StA Ulm, G 5/63)

Als die ersten Kriegsgefangenen aus den Entlassungslagern kamen, Evakuierte wieder in die alte Heimat zu reisen begannen und viele die Suche nach ihren verlorengegangenen Familienangehörigen aufnahmen, erwuchs für die Stadt Ulm ein sehr großes Problem. Ulm, das ein stark berührter Durchreiseort ist, wurde durch das Kriegsgefangenenlager in Neu-Ulm sowie dadurch, daß es die letzte größere Stadt vor der französischen Zone ist, in verstärktem Maße von Durchreisenden aufgesucht. Uebernachtungsgelegenheiten waren in der schwer zerstörten Stadt so gut wie keine vorhanden. Um diese Not etwas zu lindern, wurde am 31. Mai 1945 in dem Gebäude der Wagnerschule ein Uebernachtungslager mit Verpflegungsstation des DRK eröffnet. Schon bald erwiesen sich diese Räumlichkeiten als zu klein, so daß das Durchgangslager Mitte Juli in die Kienlesbergkaserne verlegt wurde. Die schwer beschädigte Kaserne ist im Laufe der vergangenen Monate soweit wieder instandgesetzt worden, daß die meisten Räume bewohnt werden können.

Die Betreuung der Durchreisenden, die aus entlassenen Kriegsgefangenen, Evakuierten, Flüchtlingen und Passanten bestehen, steht zwar im Vordergrund, aber auch andere wichtige Aufgaben müssen erfüllt werden. In einer Woche übernachteten in der Kienlesbergkaserne 6776 Männer, 3729 Frauen und 418 Kinder, wovon die meisten auch gepflegt wurden. Bemerkenswert ist die Zahl von 3024 entlassenen deutschen Kriegsgefangenen, die das Lager passierten. Innerhalb von 7 Tagen wurden vom DRK und von der Flüchtlingsküche im gesamten 8950 Personen gepflegt. Die Unterbringung der Durchreisenden geschieht in großen Gemeinschaftsräumen, die alle mit sauberen Strohmattressen ausgestattet sind. Ein kleiner Bestand an Woldecken kann an Frauen mit Kleinkindern ausgegeben werden, die auch in besonderen Räumen Unterkunft finden. Sämtliche Personen werden registriert und die Räume täglich kontrolliert, um zu verhindern, daß sich arbeitsscheue Elemente einschleichen. Von Zeit zu Zeit werden Razzien durchgeführt.

Zu den andern Aufgaben des Durchgangslagers zählt als wichtigste die Einschaltung in die Flüchtlingsaktion. Die Kienlesbergkaserne beherbergt nun bereits 750 schlesische Flüchtlinge, die zunächst einmal dort ihre neue Heimat gefunden haben. Die Schlesier sind in einem kleinen internen Lager zusammengefaßt und bilden eine große Familie für sich. Es wurde für sie eine große Gemeinschaftsverpflegung eingerichtet. Den Müttern wurde durch die Errichtung eines gutgeleiteten Kindergartens eine große Sorge um das Wohl ihrer Kleinen abgenommen.

Um auch den hygienischen Anforderungen Genüge zu leisten, wurde das Lager mit Duschanlagen und einer Entlausungsstation ausgestattet. Sämtliche entlassenen Kriegsgefangenen und Flüchtlinge werden entlaust. Dazu wird ein amerikanisches Entlausungspulver verwendet, das hundertprozentigen Erfolg hat. Sehr reger Betrieb herrscht in dem Baderaum an den Tagen, an denen das Baden festgesetzt ist.

Eine besonders wichtige Rolle spielt innerhalb des Durchgangslagers die ärztliche Betreuungsstelle, welche ein Sprech- und Behandlungszimmer, mehrere Krankenzimmer und ein Bestrahlungszimmer umfaßt. Zur Versorgung der Patienten sind ein Arzt, zwei Medizinstudenten und zehn Schwestern eingesetzt. Oft haben sie bis zu 120 Patienten an einem Tag zu betreuen. Der Gesundheitszustand der im Lager befindlichen Evakuierten wird von Zeit zu Zeit in Reihenuntersuchungen überprüft. Die Ostflüchtlinge müssen sich hier ärztlich untersuchen lassen, bevor sie auf die verschiedenen Städte und Dörfer verteilt werden. Dadurch wird dem Einschleppen von ansteckenden Krankheiten und Ungeziefer vorgebeugt.

Es dürfte interessieren, einiges über die Leistung der Küche des Roten Kreuzes im Lager zu erfahren. Vier große Kessel sind Tag und Nacht im Betrieb. Durchschnittlich werden im Tag

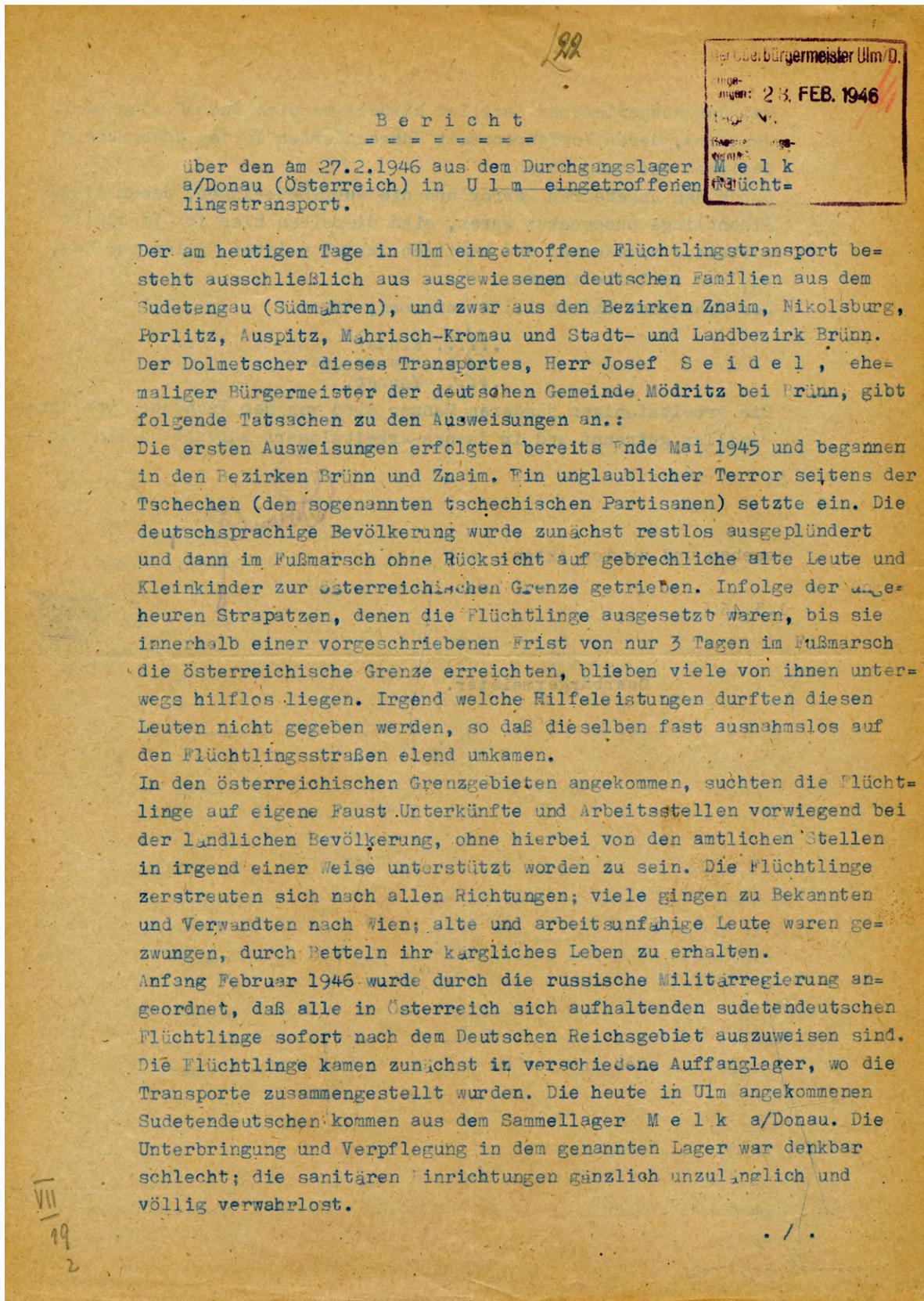
800 bis 900 Liter Suppe und 300 bis 400 Brote verabreicht. Nicht selten kommen in später Nacht noch Transporte an, deren Menschen ausgefroren sind und dankbar eine Tasse heißen Kaffees und einen Teller Suppe entgegennehmen. Transporte von Flüchtlingen, die durch Ulm laufen, werden binnen kürzester Frist mit warmem Essen, das durch Fahrzeuge zum Bahnhof gebracht wird, versorgt. Durchreisende ehemalige KZ-Insassen erhalten gegen Vorlage ihres Ausweises eine tägliche Zulage im Wert von 1000 Kalorien. Auch entlassene deutsche Kriegsgefangene, die in schlechtem Zustand im Lager eintreffen, bekommen Lebensmittelzulagen. Nachdem die Kienlesbergkaserne infolge des wachsenden Flüchtlingsstromes zu klein geworden ist, wurde auf Veranlassung des Herrn Oberbürgermeisters ein Block der Hindenburgkaserne angeschlossen. Täglich fährt auch dahin der Verpflegungswagen, um die dort befindlichen Leute mit Essen zu versorgen. Die Schwestern sind zur Bewältigung der großen Aufgaben des Lagers gut gerüstet. Fast unbemerkt von der Allgemeinheit erfüllen sie ihren Dienst und helfen mit, das Flüchtlingselend zu lindern.

Um die Handwerker in nicht zu großem Ausmaß zu Arbeiten heranziehen zu müssen, hat die Lagerleitung ein eigenes Arbeitskommando gebildet, das hauptsächlich aus entlassenen Kriegsgefangenen besteht, die nicht in ihre Heimat zurückkehren können. Sie sind bei Waldarbeiten eingesetzt, um das nötige Holz ins Lager zu schaffen. Andere wieder sind beschäftigt, die Gebäude vollends in Ordnung zu bringen. Auch eine Schuster- und Schneiderwerkstätte sowie eine Friseurstube können eröffnet und damit große Notstände behoben werden. Es bestehen aber auch Dinge, die kaum ohne Unterstützung zu bewältigen sind. Die Frage der Umkleidung der entlassenen Kriegsgefangenen ist ein akutes Problem. Hunderte, die um Zivilkleidung nachfragen, müssen weitergeschickt werden. Hier richtet auch die Lagerleitung die Bitte an die Ulmer Bevölkerung, Kleidung zu spenden, damit auch diese Not etwas gelindert wird.

Man sollte annehmen, daß die Verwaltung dieses großen Lagers mit seinen wichtigen Aufgaben und Wirkungsbereich eines ausgedehnten und zahlreichen Angestelltenapparates bedürfe. Dem ist aber nicht so, denn nur einige von der Stadt Ulm angestellte befähigte Kräfte versehen dort ihren nicht immer leichten Dienst. Das ökonomische Prinzip wird hier in die Tat umgesetzt: Mit dem geringsten Aufwand wird der größtmögliche Erfolg erzielt.

Joohs.

Material 4: Bericht über die Ankunft eines Flüchtlingstransports mit Sudetendeutschen aus dem Durchgangslager Melk (Österreich) im Februar 1946 (StA Ulm, B 422/12 Nr. 1)



Bei den ausgewiesenen Familien handelt es sich ausnahmslos um Deutsche, deren Vorfahren seit Jahrhunderten in den angegebenen Bezirken ansässig waren.

Durch den ungeheuren Terror und die Ausplünderungen, denen diese Flüchtlinge ausgesetzt waren, sind dieselben hier in Ulm völlig mittellos angekommen und besitzen in den meisten Fällen nur das, was sie am Leibe tragen.

Der Transport umfaßt 1.194 Personen, davon

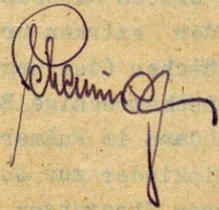
.261. Kinder.
.532. Frauen und
.401. Männer.

Die arbeitsfähigen jüngeren Männer sind von den Tschechen von ihren Familien getrennt und in Zwangs-Arbeitslagern zurückgehalten worden.

Gesehen und zu den Akten.

1.3.46.

Oberbürgermeister.



Material 5: Flüchtlingstransport aus der Tschechoslowakei bei der Ankunft und beim Ausladen am Ulmer Hauptbahnhof, Mai 1946 (StA Ulm, G 7/3.1 1946.5.3)



Material 6: Bericht über die Ankunft eines Flüchtlingstransports mit Sudetendeutschen aus dem Sammellager Kaplitz (Tschechoslowakei) im September 1946 (StA Ulm, B 422/12 Nr. 1)

34

Der Flüchtlingskommissar
des Stadt- und Landkreises
Ulm

U l m a / Donau, den 20. September 1946

Der Oberbürgermeister Ulm/D.
angenommen: 23. SEP. 1946
Tagb.Nr.
Geschäftl. Vermerk
Referat

B e r i c h t !

Am Dienstag, den 17.9.46, gegen 7.00 Uhr morgens, traf ein aus dem Sammellager K a p l i t z im Böhmerwald (U.S.R.) kommender Transport mit 1.204 ausgewiesenen Sudetendeutschen in Ulm ein. Nachdem das Flüchtlingslager Kienlesberg an dem genannten Tage noch nicht frei war, konnte der Transport erst am darauffolgenden Tage ausgeladen werden.

Die hier angekommenen Sudetendeutschen, die sich aus 336 Männern, 490 Frauen und 378 Kindern (davon 48 Kleinkinder) zusammensetzen, stammen durchweg aus dem Kreis Kaplitz (Südböhmen) mit überwiegend bäuerlicher Bevölkerung, die zum Teil jahrhundertlang auf ihren Höfen ansässig war. Außer diesen Bauern waren bei diesem Transport auch Waldarbeiter und Papierfabrikarbeiter vertreten.

Die Ausweisung geschah auf folgende Weise:

Am 9.9.46 bekamen die Familien den Befehl, sich mit 70 kg Gepäck pro Person am 10.9.46 um 7.00 Uhr früh, auf dem Sammelplatz der Gemeinde einzufinden. Von dort aus wurden sie alsdann mit Lastkraftwagen in das Sammellager Kaplitz abtransportiert, woselbst eine formale ärztliche Untersuchung stattfand. Tschechische Zollbeamte untersuchten das Gepäck und jede Person erhielt einen Betrag von 500.-- M ausbezahlt. Bei der Kontrolle des Gepäcks wurde kein strenger Maßstab angelegt, vielmehr das Gewicht nur geschätzt, sodaß manche Familie bis zu 100 kg und mehr je Person an Gepäck mitnehmen konnte. In dem Sammellager Kaplitz konnten auch eine Anzahl derjenigen Männer und Söhne mit ihren Familienangehörigen zusammenkommen, die bis zu 15 Monaten in den tschechischen Arbeitslagern Kaplitz und Budweis zubringen mußten und zum Zwecke der Aussiedlung von dort entlassen worden waren.

Am 15.9.46 früh, erfolgte die Einwaggonierung und am gleichen Tage gegen 12.45 Uhr mittags, verließ der Transportzug unter militärischer Begleitung Kaplitz in Richtung Budweis - Pilsen - Taus, wo er am 16.9. um 4.00 Uhr morgens, eintraf. Hier erschien ein amerikanischer Offizier, ging von Waggon zu Waggon und fragte überall, ob sich da selbst nur Sudetendeutsche befänden, ob keine getrennten Familien

. / .

VII
19
2

dabei wären, ob jede Person 70 kg Gepäck mit hätte und jeder RM. 500.-- ausbezahlt erhielt. Daraufhin wurden die Waggontüren geschlossen und der Zug fuhr unter tschechischer militärischer Begleitung in Richtung Furth im Wald weiter.

Die Aussiedlung dieses Gebietsteiles von Südböhmen wird für den tschechischen Staat nur von großem Nachteil sein, denn obwohl ziemlich hoch gelegen, war dieses Gebiet doch ein kulturell hochstehendes und blühendes Land, in dem sich infolge der hohen Lage kaum tschechische Ansiedler niederlassen werden, sodaß das ganze Gebiet der totalen Verödung anheimfallen wird. Der größte Schaden dürfte dem tschechischen Staat daraus erwachsen, daß die herrlichen und ausgedehnten Wälder infolge empfindlichen Mangels an Facharbeitern nicht mehr gepflegt und genutzt werden können. Der Arbeitermangel macht sich bereits jetzt sehr stark bemerkbar, da der Verbreitung des Borkenkäfers nicht mehr Einhalt geboten werden kann, wodurch für die Forstwirtschaft katastrophale Zustände ohnegleichen zu befürchten sind.

Die Lebensführung der Sudetendeutschen war durch die Drangsalierungen seitens der Tschechen schon derart schlecht geworden, daß auch die bäuerliche Bevölkerung, obwohl sie Haus und Hof verlassen mußte, aufatmete, als der Zug die deutsche Grenze überschritten hatte. Der Gesundheitszustand der Ausgesiedelten ist zufriedenstellend. Besonders zu bemerken ist noch, daß sich bei diesem Transport ein großer Prozentsatz alter gebrechlicher Leute befinden.



Gesehen und zu den Akten.
24.9.46.

Herrn Oberbürgermeister!

Oberbürgermeister:

LEITENDER ARZT
zur Betreuung der Ostflüchtlingslager
im Kreis Ulm-Donau

(14a) ULM, den 6.11.1946
Lager Kienlesberg
Telefon 3109 und 3068

An den
Herrn Flüchtlingskommissar
des Stadt- u. Landkreises
Ulm / Donau.

Betrifft: Schreiben des Innenministeriums IV Nr. 1325 Ziffer 7 u. 8.

Gesundheitliche Verhältnisse der Ostflüchtlinge.

Um ein Bild zu geben von dieser Frage, geben wir nechstehend Auszüge aus dem ärztlichen Monatsbericht vom Oktober.

Im Oktober 1946 kamen rund 3 400 Ausgewiesene in 4 Transporten aus der Tschechoslowakei in unserem Durchgangslager an. Von diesen Aufgewiesenen kamen rund 2 300 in ärztliche Behandlung. Diese Zahlen bedeuten, dass im Monat Oktober von den bei uns eingetroffenen Ausgewiesenen rund 67% ärztlicher Behandlung bedurften.

Es ist eine allgemeine Zunahme von Erkrankungen der verschiedensten Art festzustellen (besonders Staphylo- und streptogene Hautkrankheiten, Magen- und Darmstörungen, Erkrankungen der oberen Luftwege). Die Ursachen dieser Störungen und Krankheiten dürfte wohl in einer beträchtlichen Resistenzminderung der Flüchtlinge liegen und durch schlechte, bzw. unhygienische Unterbringung, mangelhafte Ernährung (qualitativ und quantitativ) und psychischen Belastung in den ausweisenden Ländern bzw. in den süsserdeutschen Sammellagern hervorgerufen sein.

Auffallend hoch ist die Zahl der Kinder und besonders der Säuglinge, die oft in völlig zerrüttetem Gesundheitszustand und mit beträchtlicher Unterentwicklung und hochgradiger Unterernährung in die Lagerärztliche Sprechstunde kommen. Auch bei den alten Leuten machen sich in steigendem Maße schwere körperliche Schädigungen bemerkbar, die ebenso wie bei den anderen zahlreichen Kranken einer intensiven medikamentösen und diätetischen Behandlung bedürfen.

Die hohe Zahl der Tuberkulösen wird durch die Tatsache beleuchtet, dass von denen im Oktober in unserer Lager-Röntgenstation Durchleuchteten rund 3 400 Personen bei 105 Flüchtlingen eine Röntgenaufnahme angeschlossen werden musste, da der Durchleuchtungsbefund auf Lungentbc. hinwies. 9 Patienten mussten im Oktober wegen offener Tbc. unverzüglich einer klinischen Behandlung zugeführt werden.

Die Zahl der Geschlechtskranken hält sich in sehr niedrigen Grenzen, wie aus der obligatorischen Reihenuntersuchung unserer Flüchtlinge auf Gonorrhoe hervorgegangen ist: Es mussten im Oktober 9 Patienten wegen Gonorrhoe und 3 Patienten wegen Syphilis stationär eingewiesen werden.

An Infektionskrankheiten traten im Oktober nur 4 Fälle auf, vornehmlich Rachendiphtherie.

Verlausungen sind so gut wie nicht zu beobachten.
Auch die Skabies geht stark zurück.

Wegen akuter Erkrankungen schwererer Natur mussten im Oktober insgesamt 60 Ostflüchtlinge aus unserem Lager in Krankenanstalten eingewiesen werden, während dies in den beiden vorausgegangenen Monaten nur bei 28 bzw. 42 Flüchtlingen notwendig erschießt.

Unsere Lagerzahnstation hatte im Berichtsmonat 417 Patienten. Vor allem macht uns der Mangel an Prothesen sehr zu schaffen.

Sämtliche Flüchtlinge wurden und werden bei uns einer umfangreichen Reihenuntersuchung unterzogen, einschliesslich Röntgendurchleuchtung. Auch hierbei ist in den letzten Wochen immer wieder eine erhöhte Anfälligkeit gegen äussere Infekte der verschiedensten Art, ein herabgesetzter Allgemeinzustand, Folgen ungünstiger Ernährungsverhältnisse und schlechter Gebißverhältnisse aufgefallen.

Wie wir schon oben berichtet haben, ist der Gesundheitszustand der Kinder am allermeisten beeinträchtigt, fast ebenso stark zeigen sich bei den alten Leuten aus den Reihen der Flüchtlinge beträchtliche Störungen des Allgemeinbefindens.

Der Bedarf an Medikamenten, Verbandstoffen, ärztlichem Gerät und Diätverpflegung ist angesichts der geschilderten Verhältnisse und im Hinblick auf unsere sehr hohe Patientenzahl natürlich enorm. Die Beschaffung dieser Dinge stösst immer wieder auf größte Schwierigkeiten, da manche Dinge für den ärztlichen Bedarf so gut wie gar nicht zu bekommen sind, z.B. (Traubenzucker, Calcium, Hustensyrup, Schnellverband, gute Salbengrundlagen, Medikamente für die Gynaekologie und ähnliches mehr); andere Gebrauchsgegenstände wie Instrumente, Glasgeräte, Bestrahlungsapparate, Röntgenschirme, Krankenwäsche und Möbel, hochwertige konzentrierte Nährstoffe und Kräftigungspräparate, Verbandmaterial usw. sind häufig quantitativ und qualitativ unzureichend.

H. Ledermann.

Material 8: Erstellung von Wohnbaracken für Heimatvertriebene, September 1947 (StA
Ulm, B 422/17 Nr. 3)

Stadtbauverwaltung Ulm
- Hochbauamt -

Ulm, den 29. Sept. 1947.
J.

An den
Herrn Oberbürgermeister
über den Herrn Leiter der Stadtbauverwaltung.

Betr.: Erstellung von Wohnbaracken im Auftrage
des Flüchtlingskommissars für den Stadt-
und Landkreis Ulm.

Bezug: Fernmündlicher Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters
vom 19.8.1947.

Vom Städt. Hochbauamt wurde im Benehmen mit den einzelnen Liefer-
firmen die Gesamterstellung der Baracken für die Unterbringung von
Flüchtlingsfamilien durch den Flüchtlingskommissar wie folgt fest-
gestellt:

I. Am Fort Albeck:
6 Stück Wohnbaracken Type IV/3;

II. Im Hof der Kaserne am Kienlesberg:
6 Stück Wohnbaracken Type IV/3;

III. Am ehemaligen Waffenübungsplatz Wilhelmsburg:
1 Stück Wohnbaracke Type IV/3;

IV. Am Vorwerk alter Fritz:
2 Stück Wohnbaracken Type IV/3;

V. Am Charlottenplatz Ulm:
1 Stück Wohnbaracke Type IV/3 - Arbeitsamt;

VI. Am ehem. Pionierübungsplatz Heidenheimerstrasse:
1 Stück Wohnbaracke Type IV/3 - zusammen
17 Stück von der Firma Karl Kübler A.G., Göppingen geliefert.

VII. Am Fort Albeck:
1 Stück Abortbaracke Type R L - X;

VIII. Am Vorwerk alter Fritz:
1 Stück Abortbaracke Type R L - X;

IX. Im Hof der Kaserne am Kienlesberg:
1 Stück Abortbaracke Type R L - X;

X. Am Fort Albeck - Pionierübungsplatz:
1 Stück Abortbaracke Type R L - X. zusammen
4 Stück von der Firma Karl Kübler A.G. in Göppingen geliefert.

./.

Der Oberbürgermeister Ulm
30. SEP 1947
J. Oberbürgermeister

Material 9: Ausschreibung der Neubürgermesse "Neues Schaffen" auf dem Kienlesberg 1947 (StA Ulm, B 774/41 Nr. 022)

**STAATSKOMMISSARIAT
für das Flüchtlingswesen**

ULM/Donau, den 1. Oktober 1947
Kienlesberg · Telefon 3109

Ausstellungsleitung

NEUES SCHAFFEN

Das Staatskommissariat für das Flüchtlingswesen - Kulturreferat Gies - veranstaltet unter dem Protektorat des Herrn Staatskommissar Direktor Willy Bettinger vom 30. Nov. bis 21. Dez. 1947 eine Neubürgerausstellung NEUES SCHAFFEN in Ulm. Sie werden gebeten, sich mit Ihren Erzeugnissen daran zu beteiligen.

Die Erfahrungen, welche die Neubürgermesse in Bad-Cannstatt gezeigt hat, geben die Gewähr dafür, daß diese Ausstellung organisatorisch, leitungs- und leistungsmäßig einwandfrei durchgeführt werden wird. Die Ausstellung, die eine Gesamtfläche von über 1100 m² umfaßt, wird in einem besonderen, dreigeschossigen Gebäude des Durchgangslagers Kienlesbergkaserne in Ulm veranstaltet und von besten Fachkräften durchgeführt. Beteiligen können sich Neubürgerbetriebe und solche Firmen, die zum Großteil Neubürger beschäftigen. Die Aussteller werden raummäßig nach Branchen in größere Gruppen zusammengefaßt. Bei allen Ausstellungsgegenständen (Gemälde, kunstgewerbliche Arbeiten usw.) behält sich die Ausstellungsleitung vor, die Zulassung von dem Urteil einer Jury abhängig zu machen.

Die Mietgebühr beträgt pro m² Tisch- oder Wandfläche RM 1.- pro Tag. In diesem Betrag ist die Dekoration der Ausstellungsstücke, die Aufnahme in den amtl. Ausstellungskatalog, die gesamte Werbung sowie die Versicherung für die Dauer der Ausstellung inbegriffen. Der An- und Abtransport ist durch die Aussteller vorzunehmen.

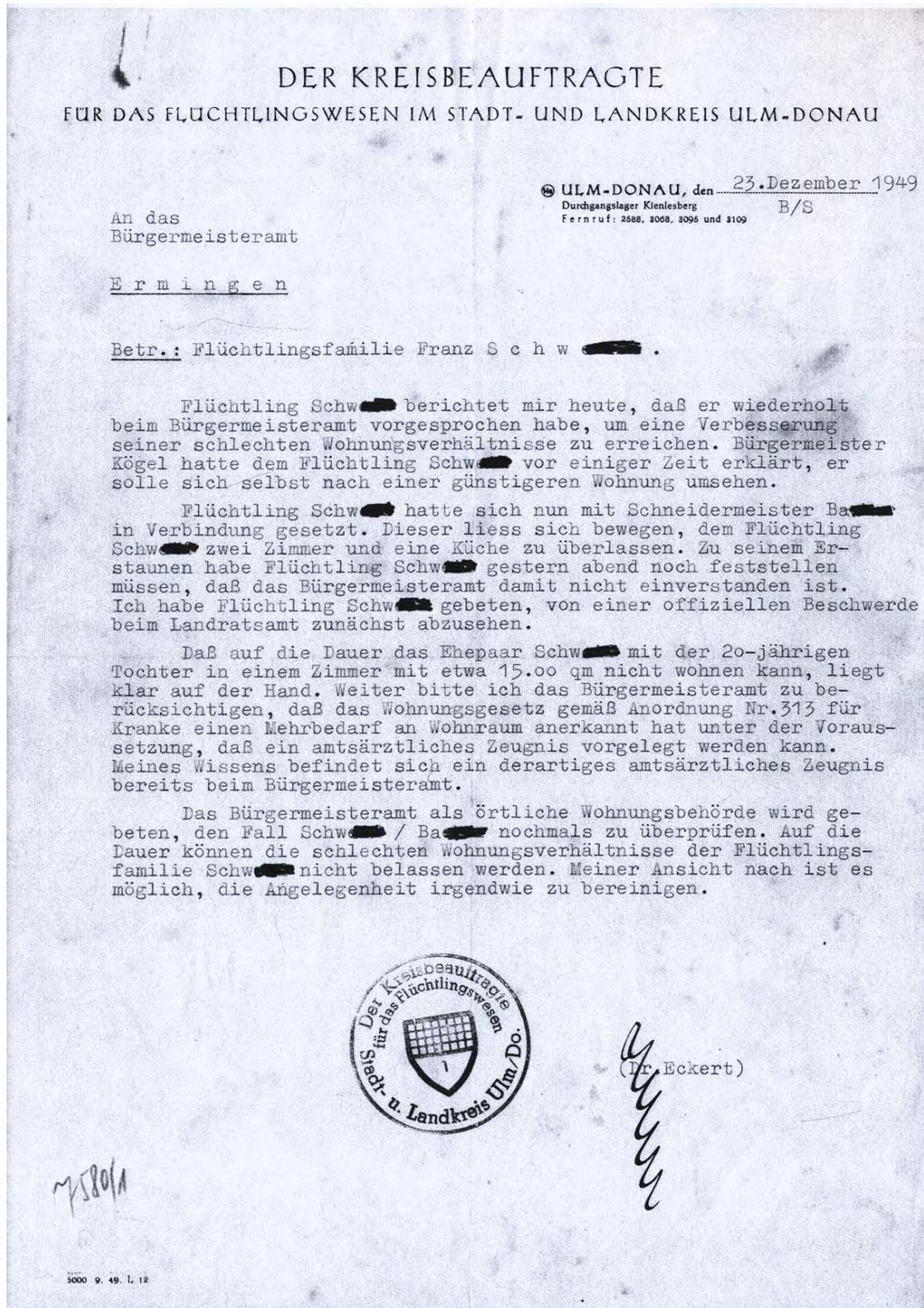
Letzter Termin für die Anmeldung ist der 15. Okt. 1947. Bei der Anmeldung sind folgende Angaben zu machen: Genaue Firmenbezeichnung (z.B.: Müller Fritz, Ulm, Bahnhofstr. 96, Holzwaren), genaue Aufzählung der einzelnen Ausstellungsgegenstände sowie Größe der benötigten Tisch- und Wandfläche.

Die Ausstellungsstücke sind in der Zeit von 10. bis 15. Nov. 1947 in der Ausstellung anzuliefern. Bei verspäteter Anmeldung bzw. Anlieferung der Ausstellungsgegenstände kann keine Gewähr für die Aufnahme übernommen werden. Bei der Anlieferung sind nach Möglichkeit Dekorationshilfsmittel (Dekorationsstoffe, Podeste und Ständer) mitzubringen. Der amtl. Ausstellungskatalog soll in einer Auflage von 20.000 St. im Format DIN A 5 erscheinen. Außer der alphabetischen Aufführung der Aussteller können auch Werbeanzeigen darin aufgenommen werden. Der Anzeigenpreis stellt sich wie folgt: 1/1 Seite RM 450.-, 1/2 Seite RM 230.-, 1/4 Seite RM 120.- Der Anzeigentext mit etwaigem Klischee ist möglichst gleichzeitig mit der Anmeldung, spätestens jedoch bis 25. Okt. 1947 einzusenden.

Gleichzeitig mit der Ausstellung werden in Ulm kulturelle Veranstaltungen, Neubürgertreffen und eine Schmuck- und Modeschau veranstaltet. Alle Anfragen und Zuschriften sind an die Ausstellungsleitung NEUES SCHAFFEN, Ulm/Donau, Kienlesberg, Tel. 3109, zu richten.

NEUES SCHAFFEN
Ausstellungsleitung
gez. Heinz G i e s
Kulturreferent

Material 10: Wohnungsverhältnisse einer Vertriebenenfamilie auf dem Land in Ermingen (StA Ulm, BA Ermingen Nr. 328)



Material 11: Flüchtlingsfamilie in der Wilhelmsburg 1957 (StA Ulm, G 7/3.1)



Programmfolge zum »Tag der Donauschwaben« 1958

- | | | |
|------------------------|-------|--|
| Dienstag, 5. August: | 10.00 | Eröffnung der Bücher-, Bilder- und Urkunden-Ausstellung (Rathaus II. Stock) |
| | 20.00 | Vortrag über die Südostkolonisation, musikalisch umrahmt (Großer Ratssaal, I. Stock) |
| Mittwoch, 6. August: | 20.00 | Konzertabend donauschwäbischer Künstler und Komponisten (Großer Ratssaal) |
| Donnerstag, 7. August: | 20.00 | Literarischer Abend, musikalisch umrahmt (Großer Ratssaal) |
| Freitag, 8. August: | 9.00 | Pressekonferenz (Vorzimmer des OBM) |
| | 10.00 | Zusammentritt der ersten gesamt-donau-schwäbischen Bundesversammlung (Schuhhaussaal, Kramgasse 4, Nähe Rathaus) |
| | 14.00 | Führung der US-Donauschwaben und anderer interessierter Landsleute zu Ulmer historischen Sehenswürdigkeiten durch das Städtische Verkehrsamt (Treffpunkt Verkehrspavillon am Münsterplatz) |
| | 20.00 | Festsitzung mit Verleihung donauschwäbischer Stiftungen. Empfang und Begrüßung der US-Donauschwaben (Schuhhaussaal, Kramg. 4, Nähe Rathaus)
Anschließend geselliges Beisammensein im Ratskeller |
| Samstag, 9. August: | 9.30 | Treffpunkt der Amtsträger der Landsmannschaft im Rathaus (I.Stock) |
| | 9.40 | Feierliche Übergabe der LM-Räume durch die Stadt Ulm (Unter der Metz 8, Nähe Rathaus) |
| | 10.00 | Enthüllung und Einweihung des Ahnen-Auswanderer-Denkmal am Donauufer (Südlich der Eisenbahnbrücke)
a) Choral, Weihespruch
b) Einweihung durch evang. und kath. Priester
c) Ansprachen durch OBM Pfizer und LM-Vertreter, Choral |
| | 11.00 | Rekonstruierte Ahnen-Fahrt auf sog. „Schwabenplätten“, Heimatgedenken, Totenehrung, Übergabe eines Lorbeerkranzes den Fluten der Donau
Beginn der Heimat-Ortsgemeinschaftstreffen |

- 15.00 Sportveranstaltungen der Donauschwäbischen Jugend im Stadion (Fußball, Handball und Völkerball)
- 20.00 Feierstunde der Donauschwäbischen Jugend (Großer Rathaussaal)
- 20.00 Kulturveranstaltung der Laienspielgruppen aus Giengen/Br. und Dietenheim mit „Dr dikscht Schwartlmaa“ und „Evchens Hochzeit“ im Braustüble (Magirusstraße beim Westgleis). Anschließend Tanz
- 20.00 Volkstumsabend (Allgemeiner Tanz) mit Volkstänzen und Liedern in der Donauhalle (Friedrichsau)
- 22.00 Beginn der Tanzveranstaltung für die Jugend im Vereinsheim „Teutonia“. Nähe Donauhalle (Friedrichsau)
- Sonntag, 10. August: 7.30 Offenes Singen der Donauschwäbischen Jugend vor dem Münster
- 8.00 Evang. Gottesdienst im Münster
Kath. Gottesdienst (Feldmesse) Stadion (nur bei Regen in der St. Georgskirche, Ecke Olgastraße—Frauenstraße)
- 10.00 Festzug des Ulmer Schiffer-Vereines (Siehe Programm an anderer Stelle)
- 13.15 Einmarsch der Donauschwäbischen Trachtengruppen am Donauufer zur Hauptkundgebung
- 13.30 Hauptkundgebung am Donauufer (75 Min.)
- 14.40 Einmarsch des Schifferzuges am Donauufer
Rekonstruierte Ahnen-Fahrt auf sog. „Schwabenplätten“ (Wiederholung für die Sonntags-Teilnehmer)
- 15.00 Ulmer traditionelles „Fischerstechen“ (Einführende Worte des Vereinsvorsitzenden)
- 16.45 Fortsetzung der Heimat-Ortsgemeinschaftstreffen bis in die Abendstunden

Vorstehende Veranstaltungen kosten den Festausschuß viel Geld. Wir bitten deshalb jeden einzelnen Teilnehmer an dieser wohl einmaligen Feierlichkeit, ein Festabzeichen und eine Festschrift zu kaufen, denn mit dem Erlös müssen die sehr hohen Ausgaben gedeckt werden.

Material 13: Foto des Ahnen-Auswanderer-Denkmal am Donauschwabenufer von 2009 (StA Ulm, G 7/3.3 Nr. 2702)



1956 fand der erste "große Tag der Donauschwaben" in Ulm mit der symbolischen Grundsteinlegung für das Ahnen-Auswanderer-Denkmal am Donauufer statt. Als Höhepunkt des dritten und wohl größten Treffens der Donauschwaben in der Bundesrepublik wurde am 9. August 1958 das Denkmal feierlich eingeweiht. Es befindet sich am Ulmer Donauufer gegenüber den auf Neu-Ulmer Seite liegenden sogenannten "Schopperplätzen", wo seit 1570 die Donauschiffe gebaut wurden, auf denen die Vorfahren der Donauschwaben im 18. und 19. Jahrhundert donauabwärts Richtung Ungarn fuhren. Das Donau-Ufer am Denkmal erhielt im August 1962 am Tag der Donauschwaben die Bezeichnung "Donauschwabenufer". 1986 genehmigte die Stadt den Donauschwaben die Anbringung von Gedenktafeln an der historischen Stadtmauer in der Nähe des Denkmals. Die Landsmannschaft der Donauschwaben wartet bis heute mit einem großen kulturellen Angebot auf, wozu auch die 1969 gegründete Donauschwäbische Tanz- und Trachtengruppe gehört. Im Jahr 2000 wurde das von einer Stiftung getragene Donauschwäbische Zentralmuseum in der Oberen Donaubastion eröffnet. Die Dauerausstellung beleuchtet die Ansiedlung deutscher Bauern und Handwerker in der Habsburgermonarchie und das Leben der deutschen Minderheit in der Vielvölkerregion Südosteuropa.